

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 133.

Breslau, Freitag, 9. Juni 1893.

4. Jahrgang.

Parteigenossen! Wähler! Agitirt für unsere Candidaten!

Breslau-Ost: Franz Tutzauer, Tischlermeister.

Breslau-West: Dr. Bruno Schoenlank, Redakteur.

Unsren ultramontanen Feinden.

B. G. Das Hauptorgan der schlesischen Ultramontanen, die „Schlesische Volkszeitung“, leitartikelte heute, am 6. Juni, wieder einmal über uns Socialdemokraten. Es ist ihr offenbar gar nicht behaglich, daß unsere Partei in so vielen Wahlkreisen Candidaten aufgestellt hat, und daß wir Aussicht haben, die Stimmenzahl, welche bereits im Jahre 1890 so beachtlich war, bei der diesmaligen Wahl noch erheblich zu erhöhen — vielleicht zu verdoppeln.

Aber sie hat einen Trost bei der Hand. „Im Jahre 1890 sagt sie, brachten es die Socialdemokraten auf 1 427 298 Stimmen. Ganz zweifellos sind darunter Zehntausend von Leuten, die nur ihrer Unzufriedenheit in sichtlich Weise Ausdruck zu geben beabsichtigen. Hunderttausende von Socialdemokraten giebt es, die sich selbst als solche gaben, in Wahrheit aber nur Mitläufer sind. Von zielbewußten Socialdemokraten stammen die allerwenigsten socialistischen Stimmen.“

Was doch die „Schlesische Volkszeitung“ da für eine erstaunliche und funkelneulene Weisheit zu Tage bringt! Schade nur, daß ihren Behauptungen nichts

weiter zu Grunde liegt, als der altbekannte Gedanke, daß die große Masse bei jeder Partei aus minder unterrichteten, über die Grundsätze und Ziele der Partei nicht klaren Menschen besteht. Nach der landläufigen Behauptung geht das jeder Partei so, und in solcher Verallgemeinerung hat dieser Gedanke auch eine gewisse Berechtigung.

Die Schuld an dem Umstande, daß die Partei aus Mitgliedern besteht, welche nur zum Theil, meistens sogar zu einem nur sehr kleinen Theile, über ihre Grundsätze und Bestrebungen genügend unterrichtet sind, liegt an sehr vielen Uebelständen und Factoren des öffentlichen Lebens.

Einerseits ist unsere mangelhafte Schulbildung, und zwar nicht nur die Elementarschulbildung, sondern auch die unserer höheren und höchsten Lehranstalten, Ursache, daß sich die meisten Menschen im Parteileben nur sehr schwer zurechtfinden, nur sehr schwer sich ein Urtheil in politischen Dingen bilden können. Unsere Schulbildung, die der Gymnasien nicht minder, wie die der kleinsten Dorfschule, ist in politischer Beziehung eine ganz miserable, eine der Entwicklung unseres politischen Lebens total unwürdige, — darüber kann nicht der mindeste Zweifel herrschen.

Unsere Söhne und Töchter lernen auf der Schule

politisch so gut wie gar nichts. Sie werden durch die Art des dort gepflegten Geschichts- und Religionsunterrichts sogar auf das gröblichste verildet, ihr Gehirn künstlich verkleistert.

Wenn ein junger Mensch das Gymnasium, oder gar das Schullehrerseminar, oder, — was am aller-schlimmsten ist, — katholisch-theologische Bildungsanstalten, die dem Zwecke der Priestererziehung dienen, — verläßt, dann ist er unstreitig viel weniger fähig, politische Dinge richtig unparteiisch und vorurtheilsfrei zu beurtheilen, als ein ebenso alter Mensch von gesunden Sinnen, der nicht einmal lesen und schreiben gelernt hat.

Der Grund liegt auf der Hand. Unser sogenannter höherer Unterricht trichtert seinen Zöglingen eine confuse Menge ärgster Vorurtheile ein, die im späteren Leben nur äußerst schwer und meistens gar nicht mehr überwunden werden können.

Als zweiter Factor der politischen Verbildung und Mißerziehung treten den staatlichen und privaten Lehranstalten die Zeitungen aller Parteien der herrschenden Klassen von der conservativen angefangen, über die ultramontane hinweg bis zur freisinnigen Partei, zur Seite.

Zwecken streng unparteilicher wissenschaftlicher, vor-

In harter Schule.

Roman von Gustav Imme.

Nachdruck verboten.

„Es handelt sich auch nicht um das, was ich persönlich von dieser Abenteuerin und ihrem Anhang zu erdulden hätte,“ fuhr Leontine fort, „vor allen Dingen kommt es darauf an, die Ehre unseres Hauses zu wahren. Vergessen das die Männer, so müssen es die Frauen thun. Ehe nicht alle Mittel erschöpft sind, diese abscheuliche Verbindung zu verhindern, darf von keinem Aufgeben des Kampfes gesprochen werden, ehe nicht meine Mission erfüllt ist, darf ich nicht an Liebes- und Eheglück denken. Willst Du mir ferner beistehen, oder muß ich mich nach einem anderen Kampfgenossen umsehen?“

Ulrich hatte seine Bereitwilligkeit zu ihren Diensten betheuert, sich aber dabei eines Gefühls der Erleichterung nicht erwehren gekonnt, daß sie die Verbindung mit ihm in eine unbestimmte Ferne hinausjagte. Er schalt sich zwar ob dieser Empfindung, es half aber Alles nichts, er dachte jetzt mit einem gewissen Bangen an eine Verbindung mit Leontine, die doch seit Jahren sein Herzenswunsch, das Ziel seines Strebens stets gewesen war.

Und dieses Bangen steigerte sich, je mehr er mit Hortense verkehrte, und sie fester und sicherer die Fäden ihres Zaubernezes um ihn schlang. Hatte er eine

Stunde im Geplauder mit ihr verbracht, in jenem Geplauder über Nichtigkeiten, das selbst dadurch noch einen fremdartigen Reiz erhielt, daß er des Französischen nicht vollkommen mächtig war und sie das Deutsche höchst possirlich radebrechte; hatte er ihr in die Augen geschaut, die unaufhörlich die Farbe zu wechseln schienen, bald feurig glühten, sich bald madonnenhaft verschleierte und dann wieder groß und unbefangen wie die eines Kindes in die Welt blickten, so erfaßte ihn ein wahrer Schreck, wenn er an die gemessene, gehaltvolle Unterhaltung mit Leontine, an den ruhigen Blick ihres grauen Auges dachte, aus dem nur selten ein Strahl der Erregung und Leidenschaft brach. Immer mehr vermied er das Haus seines Oheims, bei seinen kurzen Besuchen bald dienstliche Verhinderung vorschützend, bald auch geradezu erklärend, er müsse viel in Gesellschaft der Franzosen sein, wenn er der übernommenen Aufgabe gerecht werden wolle.

Leontine hatte anfänglich aus dem veränderten Benehmen ihres Betters kein Arg. Sie war eine vornehm angelegte Natur, der Untreue und Heuchelei selbst sehr ferne lag und die auch Andere dieser Fehler nicht für fähig hielt. Sie war im Leben noch nicht betrogen worden, die Erfahrung hatte also das Mißtrauen, das die Natur nicht in sie gelegt, noch nicht ergänzen können; außerdem besaß sie aber einen grenzenlosen Adelsstolz. Machte sie auch jetzt die Erfahrung an ihrem Vater, daß vornehme Abkunft und sogar vorgerücktes Alter nicht vor sehr bedenklichen Thorheiten schützen, so entschuldigte sie diese Verirrung eben wieder

mit seinem rückhaltlosen Vertrauen und vergaß, daß doch auch Ulrich dieser schönen Eigenschaft zum Opfer fallen könne.

Als eine Woche nach der anderen verging, Ulrich sich immer weniger bei ihr sehen ließ und auch kein entscheidender Schritt zur Entlarvung der Abenteuerin gethan ward, begann sie doch unruhig zu werden und diese Unruhe wuchs, als sie bemerkte, daß ihr Vater, der sich seit jenem Austritt in seinem Zimmer sehr fern von ihr hielt, so daß oft Tage vergingen, ohne daß sie ihn sah, ernstliche Anstalten zu seiner Vermählung machte und daß man bereits in seinen Kreisen von dieser bevorstehenden Verbindung zu sprechen begann.

Es war nicht unbemerkt geblieben, daß der Baron, während er ein ständiger Besucher der Oper war, alle anderen Orte, an denen er sich sonst zu zeigen pflegte, mied und sich namentlich aus den vornehmen Zirkeln fernhielt. Da auch seine Tochter sich zurückzog, gab das zu allerlei Vermuthungen und Schlüssen Anlaß, man sprach bereits von einem ernstlichen Zerwürfniß zwischen Vater und Tochter und es konnte nicht fehlen, daß geschäftige Zungen diese Gerüchte auch an Leontine und ihre Einsamkeit trugen. Dagegen empörte sich ihr Stolz, man sollte nicht über die Reina's reden, so lange sie noch etwas dagegen zu thun vermochte. Weiter, lächelnd und ruhig erschien sie unter dem Schutze bald dieser, bald jener Dame wieder in der Gesellschaft, ihre Abwesenheit mit Unwohlsein entschuldigend. Sie erreichte durch das Opfer, das sie sich auferlegte, zwar ihren Zweck nicht, man flüsterte und zischelte nach

Wähler! Parteigenossen!

Wirket mit aller Kraft dafür, daß unsere beiden Candidaten aus dem ersten Wahlgange als Sieger hervorgehen

urtheilsfreier Aufklärung dient, selbst unter dem Strich und in ihrer wissenschaftlichen Beilage, kaum eine einzige.

Nicht einmal über die Grundsätze, über Geschichte und Strebeziele der eigenen Partei, über Vergangenheit und Interessen der verschiedenen Klassen der Bevölkerung u. s. w., u. s. w. unterrichten die bürgerlichen Zeitungen ihre Leser auch nur so nothdürftig. Sie schwagen und schmieren über die Tagesereignisse zumeist in's Gelack hinein. Keine einzige sogar ist sich dessen bewußt, daß sie eigentlich für ihre Parteizwecke in ganz systematischer Weise erziehblich wirken müßte und wirken könnte.

Erst die socialdemokratische Presse und die mit ihr in Fühlung stehenden Zeitschriften haben dies Bewußtsein betheätigt, und obgleich die socialdemokratische Presse mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so tragen ihre Organe, wie von unparteiischen Gegnern bereits vielfach anerkannt worden ist, zur politischen, socialpolitischen und populärwissenschaftlichen Erziehung heute schon ganz Erhebliches bei.

Die „nothwendige und selbstverständliche Folge ist, daß die Anhänger der socialdemokratischen Partei, soweit sie Leser der socialdemokratischen Presseorgane sind, besser vorbereitet am politischen Leben theilnehmen, als die Anhänger irgend welcher anderen politischen Partei.

Wir sind weit entfernt davon, behaupten zu wollen, daß alle Socialdemokraten politisch klare Menschen wären. Unsere Presse wird noch von viel zu wenig Leuten gelesen. Sie wirkt auch außerdem erst viel zu kurze Zeit. Sie hat sich auch bei Weitem noch nicht auf den Standpunkt heraufzuschwingen vermocht, den wir selbst erstreben.

Aber dennoch ist es der Thätigkeit und dem Eifer der Socialdemokratie in der Presse und in ihren Versammlungen bereits gelungen, einen Stamm von politisch einsichtigeren und verständnisvolleren Leuten um die Parteifahne zu sammeln, der zahlreicher ist, als die überzeugten Anhänger jeder anderen Partei.

Und ferner ist es gelungen, das Allgemeinverständniß bei den Lesern der socialdemokratischen Presse, und bei den Besuchern der socialdemokratischen Versammlungen um ein Beträchtliches über das Verständnisniveau der Leute zu erheben, welche das Gefolge der übrigen Parteien zu bilden pflegen.

Das beweist die im Allgemeinen gute Haltung und Führung socialdemokratischer Versammlungen. Das beweist auch ihr Verhalten Gegnern gegenüber, insbesondere der Umstand, daß sie der Discussion mit anständigen Feinden fast niemals ausweichen.

Wir haben also ein Recht, der „Schlesischen Volkszeitung“ zu erwidern:

Wir wissen sehr wohl, daß bei Weitem nicht Alle, die socialdemokratisch wählen, principienklare Socialdemokraten sind, aber der Procentsatz der principienklaren Leute zu dem der noch unklaren ist in der social-

demokratischen Partei ein sehr viel günstigerer, als bei jeder anderen Partei. Außerdem: was wir thun können zur politischen Aufklärung unserer Parteigenossen beizutragen, das leisten wir. Wir bekennen allerdings, daß wir in dieser Hinsicht sehr viel günstiger daran sind, als die Vertreter aller übrigen Parteien. Wir haben nichts zu verheimlichen und nichts zu beschönigen, wir dürfen die Verhältnisse, an denen wir Kritik üben, und die Ziele, nach denen wir streben, nur so schildern, wie sie sind, um des Beifalles jedes verständigen Menschen sicher zu sein.

Unsere Gegner sind viel schlimmer daran. Die „Schlesische Volkszeitung“ z. B. muß von der Geschichte des Papstthums, dem sie dient, und der katholischen Christenheit so viel wie möglich verheimlichen. Sie muß die wahren Bestrebungen der hohen Geistlichkeit und deren Stellung zur Menschheitscultur bemänteln; sie muß im aussichtslosen Kampfe ausharren gegen die täglich gewaltiger werdende Macht der modernen Wissenschaft auf Seite veralteter Thorheit und in Wahrheit längst überwundenen Wahnes.

Es ist leicht und erhebend, einer guten Sache zu dienen, um so leichter, wenn Zeit und Umstände ihren baldigen glorreichen Sieg verbürgen. Es ist schwer und unendlich niederdrückend, an den Wagen einer schlechten Sache gefesselt zu sein, zumal wenn die Fahrt zum Abgrund geht.

Politische Rundschau. Deutschland.

Beschwundene Aufgabe. Wie die „Berliner Volkszeitung“ mittheilt, ist in Süddeutschland das Gerücht verbreitet, an den Prinzregenten von Bayern sei aus Berlin (von wem, wird nicht näher definiert), die Anfrage gestellt worden, wie er sich zur Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts verhalten würde. Der Prinzregent soll sich darauf als ein entschiedener Gegner der Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts bekannt haben.

Ueber die reactionären Pläne gegen das allgemeine Wahlrecht berichtet die Berliner „Volkszeitung“, welche vor einigen Tagen von der beabsichtigten Petition an den Kaiser Mittheilung machte, weiter:

„Das Pländchen ist in der That artigersonnen. Daß man, um die beabsichtigte Petition an den Kaiser als das Product einer „freiwilligen Volksbewegung“ hinzustellen, auf die Unterschriften der Beamten verzichtet werde, haben wir schon gemeldet. In einer neueren Conferenz kam man dahin überein, die Petition als unmittelbar unter dem wuchtigen Eindruck des Ausfalls der Reichstagswahl entstanden, an das Tageslicht treten zu lassen. Man geht dabei von der hoffentlich sich als durchaus richtig erweisenden Ansicht aus, daß das Volk einen Reichstag wählen werde, in dem wiederum eine Mehrheit gegen die bekannte Militärvorlage vorhanden sein werde. Und unter dieser Voraussetzung

wird sich die Petition auf den „patriotischen“ Gedankenschieben, daß sich das allgemeine, directe, gleiche, geheime Wahlrecht offenbar „nicht bewährt“ habe und die Interessen der Sicherheit und Zukunft des Vaterlandes schnell wie möglich durch ein „vernünftigeres“ Wahlrecht zu ersetzen sei. Man gedenkt, die Sache so weit voranzureiten, daß sofort, nachdem der „ungünstige“ Ausfall der Reichstagswahl erkennbar geworden ist, die Petition alle conservativen und nationalliberalen Elemente zur Unterzeichnung veranlaßt werden kann, wobei man, wie bereits erwähnt, immer an dem Gedanken festhält, die Petition als den Niederschlag einer elementarlosbrechenden Abneigung gegen das allgemeine Wahlrecht erscheinen zu lassen.

„Mit der staatsmännischen Klugheit dieser Idee ist der staatsmännische Plan dessen, was man an die Stelle des allgemeinen Wahlrechts zu setzen gewillt ist, vollkommen auf gleicher Höhe. Zur Zeit hofft man, in einem genial complicirten Filtrationsystem des Raths des Reichstages gefunden zu haben. Die nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählten Gemeindevvertretungen sollen die Kreisvertretungen wählen, die Kreisvertretungen die Provinzialvertretungen, die Provinzialvertretungen die Landtage, die Landtage der einzelnen Bundesstaaten die Abgeordneten zum Reichstage. Der Plan schmeckt stark nach Hirngespinn, zumal er eine durchgreifende Veränderung der in den deutschen Bundesstaaten bestehenden Wahlverfassungen voraussetzt; aber heut zu Tage ist das Wort schon länger wieder zu Ehren gekommen: credo quia absurdum, d. h. je verrückter, desto wahrscheinlicher. Immerhin wollen wir als mildernden Umstand anführen, daß die Frage des allgemeinen Wahlrechts bei den Hintermännern der Petition noch nicht endgiltig beantwortet worden ist. Es ist daher leicht möglich, daß ein noch gefreiter Surrogat für das jetzige Reichstagswahlrecht gebraucht wird, worüber wir unsere Leser zu geeigneter Zeit unterrichten werden.“

Durchaus treffend zieht die „Volkszeitung“ die Moral von der Geschichte: Daß kein Deutscher, der noch politisches Ehrgefühl im Leibe hat, am 15. Juni einem reactionären Candidaten seine Stimme geben kann, er trete auf, in welcher Larve er wolle. Denn die famose Petition wird als Makulatur in die Papierkorb wandern, wenn der neue Reichstag die Mehrheit aufweist, die das allgemeine Wahlrecht entschlossen verteidigt.

Die Politik der Bosheit wollen die Nationalliberalen im Wahlkreise Sonneberg gegen die Freisinnigen treiben. An die Bekanntmachung des Sonneberger Comitees des nationalliberalen Vereins, wonach diese Partei davon absieht, einen eigenen Candidaten aufzustellen, und nur der „Ueberzeugung“ und dem „Vertrauen“ Ausdruck giebt, „daß unsere Freunde und von ihnen seither vertretenen Grundsätzen treu bleiben und unserem Ruf wieder freudig folgen werden, wenn die Verhältnisse uns auf's Neue dazu Veranlassung geben“, knüpft das Sonneberger „Tageblatt“, das Organ der Nationalliberalen, folgende Auslassung:

„Einig waren sämmtliche nationalliberale Wähler unseres Wahlkreises in der Ueberzeugung, daß es für unsere Partei unmöglich ist — abgesehen davon, daß ein nationalliberaler Candidat auf einen Sieg ohne Compromiß mit der freisinnigen Partei nicht rechnen kann —

wie vor, aber man nahm sich doch in Acht, daß sie nichts davon hörte.

Nur Einer machte davon eine Ausnahme — Graf Falkenburg, und er durfte sie machen.

Mit den Blicken des Kenners war er den Fortschritten des von ihm angelegten Planes gefolgt und damit auch vollkommen zufrieden. Gelegentliche, vornehmliche Besuche bei den Franzosen hatten ihn über Ulrichs Beziehungen zu denselben stets auf dem Laufenden erhalten und der Lieutenant erschien ihm bald verblendet genug, daß ein Hauptschlag ausgeführt werden könne.

Er streute zu diesem Zwecke geschickt, so daß man nie auf ihn als den eigentlichen Urheber zurückgehen konnte, die Gerüchte von der bevorstehenden Wiedervermählung des Barons Reina aus.

(Fortsetzung folgt.)

Eine deutsche Republik vor tausend Jahren.

Von August Heine.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Ich will nun das Bild eines irischen Allting zur republikanischen Zeit der Insel entwerfen.

Wir dürfen wohl mit voller Bestimmtheit annehmen, daß die republikanische Verfassung unserer

braven heidnischen Vordäter in unserer Gegend sich im wesentlichen nicht von der isländischen unterschieden haben wird.

Als Island durch Zuzug so bevölkert war, daß die Einwohner mit einander in Berührung kamen, fanden sie es für angemessen, sich eine Verfassung zu geben. Da es sich um eine Verfassung des Friedens handelte — ein Kriegswesen irgend welcher Art hat auf der Insel nie existiert — so machte die Arbeit keine über-große Schwierigkeit.

In einer allgemeinen Volksversammlung wurde der Anführer Ulfiot damit betraut, eine solche Verfassung auszuarbeiten. Derselbe fuhr nach dem freigebliebenen Norwegen, um sich zu belehren, während sein Pflegebruder Grim die ganze Insel bereiste, um einen geeigneten Platz für den Landesting zu ersehen. Seine Wahl fiel auf den milden Südwesten, auf die Gegend am Landsee Tingwalla. Die Verfassung, welche sich die heidnischen Bauern im Jahre 950 gaben, ist das Muster einer demokratischen Verfassung. Man kann noch heute mit Reid auf die freien heidnischen Tien vor tausend Jahren blicken. Die ganze Insel wurde in vier Viertel getheilt. Jedes Viertel bestand aus einer größeren oder geringeren Anzahl von Tempelgemeinschäften. Jeder Hausvater war zugleich Priester für seine Angehörigen. Der Tempel des Bezirkes wurde durch gemeinsame Arbeit erbaut und ein Gottesmann gewählt. Der Gottesmann war ein Bauer wie die anderen; hatte aber die Pflicht, bei den hohen Festen, Weihnachten und Ostern, heidnisch Julfest,

nämlich das Fest der Winterjonnennende und das Fest der Freya oder Ostera, des erwachenden Frühlings das Opfertier zu schlachten. Gleichzeitig war der Gode (Priester) aber Richter, was wir heute Polizeiverwalter seines Bezirks nennen würden. Zur Erhaltung des Tempels hatte Jeder beizutragen. Das Amt eines Tempelgoden war ein Ehrenamt und brachte nichts ein. Mitte Mai fand das Frühlingsgericht jedes Bezirkes statt. Dasselbe sprach Recht über Mein und Dein und geringe Strafsachen. Mitte Juni ritten alle Männer zur gemeinsamen Landesversammlung, Allting. Die Reise dauerte zu Pferde von manchen Bezirken zwei Wochen hin und zwei Wochen nach Hause. Am den Platz des Alltings waren Holzhuben errichtet zum Nachtlager der Theilnehmer. Felle und Decken zum Lager brachte Jeder sich selbst mit. Die Pferde wurden Einzelnen in Obhut gegeben und auf die Weide gebracht. Der ganze Bezirk war als National-eigenthum erklärt. Alle Dinge fanden unter freiem Himmel statt. Im Allting waren die Bauern Gesetzgeber und Richter, das heißt souveräne (uneingeschränkte) Herren über Alles. Der Allting begann damit, daß nachdem der leghährige Vorsitzende solchen eröffnet hatte, ein Vorsitzender (Gesetzessprecher) gewählt wurde. Dieser hatte die Pflicht, die gesammte Verfassung und alle Gesetze des Freistaates den versammelten Bürgern vorzulesen und zu erläutern, also einen Vortrag darüber zu halten. Dieses ist doch nur denkbar durch, daß Verfassung und Gesetze höchst kurz, einfach und verständlich für Jeden abgefaßt waren.

Parteienossen!

Agitiert für Eure Presse, die „Volkswacht“, die beste Waffe im Wahlkampf.

in dem Cardinalpunkt der politischen Tagesfragen in ein gemeinschaftliches Vorgehen mit der freisinnigen Partei gegen die Socialdemokraten zu willigen. Leicht ist der Entschluß den Leitern unserer Partei nicht geworden; tiefern wir doch den Wahlkreis bedingungslos an die Socialdemokratie aus. Das Heilsame aber wird die Schlacht der extremen Elemente unter sich für unsere vitalen Interessen haben, daß mancher „Unentwegte“ denken und seine ira einsehen lernt, daß es für einen edel und ehrlich denkenden Deutschen bei Beurtheilung der vaterländischen Interessen Gesichtspunkte giebt, die den engherzigen Fraktionszwecken der liberalen Partei zu ihrem eigenen Schaden fern liegen. . . . Aus dem Siege, den die Socialdemokraten an dem Tage mühelos erringen, wird eine heilsame Lehre für manchen Anhänger der neuen Volkspartei erwachsen und eine gesunde Beurtheilung unserer socialen und politischen Verhältnisse wird Platz greifen. . . . Wir begnügen uns in der Gegenwart damit, unsere Glieder fester zusammenzuschließen und am inneren Ausbau unserer Parteiorganisation zu arbeiten, Kräfte zu sammeln für die Zeit, in der das Mandat des socialdemokratischen Abgeordneten unseres Wahlkreises erschossen sein wird. Tritt dann dieselbe Frage, die heute unser politisches Leben beherrscht, nochmals an die Wählerchaft heran, dann wird mancher freisinnige Kauderwatschen sein. Bis dahin aber wollen wir unsere Gewehre prüfen und das Pulver trocken halten.“

Eine solche Bosheit geht den armen Freisinnigen natürlich gewaltig wider den Strich. Das „Berliner Tageblatt“ erklärt:

„Darauf aber kann sich die nationalliberal-antisemitische Weisheit des „Sonneberger Tageblatts“ und seiner Gesinnungsgenossen verlassen, daß diejenigen, „wirklich liberalen“ Männer unseres Wahlkreises, welche auf dem Standpunkt der Freisinnigen Vereinigung stehen, sich nimmermehr dazu verstehen werden, jetzt oder in Zukunft mit einer Partei zusammenzugehen, welche jetzt mit aller Absichtlichkeit der Socialdemokratie zum Siege verhelfen will, weil der freisinnige Candidat gegen die Militärvorlage zu stimmen erklärt hat.“

Nur nicht so hitzig. Es wird nicht lange dauern, bis die Herren der Freisinnigen Vereinigung sammt und sonders im Nationalliberalismus aufgehen, soweit nicht beide ganz von der Bildfläche verschwinden.

Die Stichwahlen sollen, wie es heißt, bei dem diesmaligen Anlaß sämmtlich auf einen Tag festgesetzt werden, was bisher nicht immer der Fall gewesen. Wiederholt ist ein neugewählter Reichstag einberufen worden, bevor die Stichwahlen vollständig beendet waren. Dieses verfassungsmäßig zweifelhafte Vorgehen scheint in der bevorstehenden Session vermieden werden zu sollen.

Der jüngste Leibhufar der Militärvorlage, der Husarenlieutenant Hubert von Schorlemer in Großenhain, ist ein leiblicher Sohn des abgeschwenkten Centrums-Cavalleristen von Schorlemer-Wst. Wie die Alten jungen, so zwittern die Jungen.

Eine sehr resignirte Wahlphilosophie treibt Herr Theodor Barth in einer Betrachtung über „Die politische Aufgabe der Freisinnigen Vereinigung.“ Er sagt in der „Nation“:

Die Wahl des Gesessprechers galt auf drei Sommer, „es müssen denn die Männer es verändert haben wollen“, das heißt, wenn der erstere sich das Vertrauen zu erhalten wußte, sonst konnte er von dem folgenden Allting abgesetzt werden. Der Gesessprecher erhielt als Gehalt hundert Ellen von den Bauern selbst gesponnenes und gewebtes Wollenzeug. Da kein Geld vorhanden, so bildete dieses Gewebe „Wadmal“ auf ißisch genannt, die Landesmünze. Zu obiger Einkünften fiel dem Vorsitzenden ein Theil der Gerichtsbusen zu. Wir finden, daß mancher Gesessprecher 20 bis 27 Jahre, andere nur 1 bis 3 Jahre das Amt verwaltet haben. Wenn der Gesessprecher aber in seiner Amtsführung ein Verschulden beging, so konnte vom Landbesting gegen ihn auf Landesverweisung erlannt werden.

Die erste Berathung des Tings fand über die Landesgesetze statt. Jeder Anwesende mußte mit Ja oder Nein stimmen. Stimmenenthaltung wurde durch Buße bestraft, Drückbergerei wurde also nicht geduldet. Dann folgte die Rechtsprechung. Als Kläger konnte Jeder auftreten, auch Wittwen und unverheirathete Frauensleute, doch mußte durch Zeugen der Nachweis geführt werden, daß der Beklagte durch den Kläger vor dem Landbesting geladen war. Aller Beweis wurde durch Zeugen geführt, welche vereidigt wurden. Eideshelfer wurden zugelassen. Zeuge konnte Jeder sein, Eideshelfer nur gleichberechtigte volljährige Männer. Der Eid der Eideshelfer lautete dahin: „Ich habe die Ueberzeugung, daß die Zeugen die Wahrheit gesagt.“

„Daß ein Parlament, welches mitten in einer allgemeinen politischen Versekung zur Welt kommt, keine Lebensdauer verspricht, leuchtet ein. Es ist wahrscheinlich, daß der nächste Reichstag keine fünf Monate alt wird, als daß er das gefehmäßige Alter von fünf Jahren erreicht. In einer solchen Lage ist der nächste Wahlerfolg von viel geringerer Bedeutung, als die Einnahme einer Stellung, die sich im Wechsel der Zeiten behaupten läßt. Hierauf muß in erster Linie das Augenmerk der Freisinnigen Vereinigung gerichtet sein.“

Was die Wadelstrümpfe wünschen, glauben sie auch. Aber leise zieht durch ihr Gemüth das Todtengeläute: Trog der widerlichsten Cartellwirthschaft werden ihrer nur eine Droschke voll in den nächsten Reichstag fahren. Kommt aber eine neue Auflösung, so wird in dem heftigen grundsätzlichen Kampfe die „Freisinnige Vereinigung“ bald elend in die Brüche gehen. Wer so umfällig ist, wie diese Herren, hat freilich Recht, wenn er die harten Püße und Stöße des Wahlkampfes fürchtet. Aber das Meißener Porzellan ihrer militärfrommen Gesinnungstüchtigkeit gehört, wie der „Vorwärts“ richtig bemerkt, in das Karitäten-cabinet, nicht in's Parlament.

In einer sonderbaren Situation befindet sich das Centrum im Wahlkreis Fusangels, in Olpe-Meschede. Dem erst jüngstgewählten Fusangel ist seitens des Centrums ein Gegencandidat in der Person des Rechtsanwalts Scheele in Arnsberg gegenübergestellt worden. Herr Scheele erklärt in einem Wahlaufruf: „Abgesehen von der Stellung zur Militärfrage . . . bekenne ich mich zu den Grundfäden, wie sie im Programm der Centrumpartei und erst neuerlich in dem Wahlaufruf der Centrumsfraction des letzten Reichstages vom Mai 1893 zum Ausdruck gebracht sind.“ „Was die Militärfrage anlangt, — erklärt Herr Scheele — so hat meiner Ueberzeugung nach die Stellung, welche hierzu einzunehmen ist, mit den Principien der Centrumpartei nichts zu thun; auch unter Berücksichtigung der nicht nur von der Centrumsfraction, sondern fast vom gesammten damaligen Reichstag angenommenen „Windthorst'schen Resolutionen“ bedingt die Angehörigkeit zur Centrumpartei keineswegs die Stellung in der Militärfrage.“

Danach steht der officielle Centrums-candidat nicht auf dem Boden des Centrums, wohl aber der durch das Centrum bekämpfte Fusangel. Daß Fusangel wiedergewählt wird, dürfte danach außer Zweifel sein. Die Herren „Agrarier im „Bund der Landwirthe“ wollen sich nicht ohne Entgelt benutzen lassen, um der Regierung die Militärvorlage apportiren zu helfen. Sie wollen, daß die Regierung ihren Sonderinteressen, ihrem Verlangen nach weiteren, neuen Millionen in ihre Taschen schüttenden Privilegien mehr entgegenkomme. Da sie das im vollen Umfange bei der Unverschämtheit dieser Forderungen selbst kaum hoffen, so drohen sie mit der Opposition gegen die Regierung. Am Mittwoch hielt der „Bund der Landwirthe“ in

Berlin eine Versammlung für die Provinz Brandenburg ab. In derselben erklärte ein Herr v. Sydow-Dobberspühl, daß es sich doch darum handle, die Wünsche der Landwirthe auch durch die Abgeordneten im Reichstage durchzusetzen, und da gelte es, abgesehen von der Militärvorlage, der Regierung Opposition zu machen. Der „Bund der Landwirthe“ müsse eine Organisation des Angriffes gegen die Regierung sein, die „uns“ (die Landwirthschaft) im Auslande blamire und im Innern ruinire. Dr. Köfcke, der Mitdirector des Bundes der Landwirthe, meinte, nur eine zeitweise Gegenströmung des Bundes gegen die Regierung empfehlen zu können. Aber v. Werdeck warnte davor, sich von der Regierung nur zur Durchbringung der Militärvorlage benutzen zu lassen. Die Regierung werde aus der Haut der Landwirthe Riemen schneiden, wenn dieselben ihr nicht ganz energische Opposition machen. Herr von Arnim-Güterberg und Herr von Salbern versuchten etwas mildere Saiten aufzuziehen, konnten aber ihre oppositionslustigen Freunde nicht überzeugen. Herr von Caprivi wird nun wenigstens wissen, woran er mit seinen agrarischen Freunden ist.

Der evangelisch-socialer Congress, der am Ausgang der verfloffenen Woche seine Berathungen beendete, ist so unfruchtbar verlaufen, wie sich von vornherein erwarten ließ. Vielleicht standen sogar seine Verhandlungen diesmal noch mehr als sonst unter dem Zeichen der Rathlosigkeit und der socialpolitischen Kinderei. Die Herren vom Bäffchen und vom Talar kommen ebensowenig, wie ihre geschorenen Herren Kollegen aus der Zwickmühle heraus, daß auf der einen Seite sie die Bourgeoisie nur als eine Art geistlicher Sicherheitspolizei des Besizes duldet und unterstützt, und daß auf der anderen Seite die Arbeitermassen den billigen Wechsel auf das Jenenseit, den ihnen die Kirche mit taubenfanfelter Schlangenklugheit so lange für ihre Leiden in diesem Jammerthale ausgestellt hat, fürderhin nicht mehr acceptiren wollen. Daher die Zerfahrenheit und innere Haltlosigkeit, die sich bei den Verhandlungen des evangelisch-socialen Congresses offenbarte, und die sich durch die wohlweiseste Schönrederei der Referenten nicht bemanteln ließ. Auch die „Jungen“, die Christlichen Ideologen des Congresses, die von der Möglichkeit einer „Christlichen Socialdemokratie“ träumen, hatten nicht den Muth zu einem ernsthaften Vorstoße. Am Schluß lösten sich die Gegensätze, wie sie etwa zwischen dem Prediger Naumann aus Frankfurt a. M. und dem Hopsprediger Braun aus Stuttgart bei den Verhandlungen zum Ausdruck kamen, in allgemeiner Bruderliebe auf, zu der Herr Stöcker seinen Segen gab. Bemerkenswerth bleibt es aber immerhin, daß die Anschauungen, die Herr Braun vertrat, nicht unwidersprochen blieben. Der Stuttgarter Hopsprediger hatte zwei Stunden lang über die Ausgleichung der Stände geschwafelt und die Lösung der socialen Frage durch

in weiten Strichen. Für einen Liebhaber alter Sitten ist jede einzelne Bestimmung des alten Jfengesetzes von hohem Interesse, würde aber für unsere Leser zu weit führen. Ein dunkler Punkt darf aber nicht unerwähnt unerwähnt bleiben. Das arme Land konnte und kann heute nicht mehr Menschen ernähren, als höchstens 70 000. Um einer Ueberschwemmung vorzubeugen, fand das Aussetzen oder das Tödteln von neugeborenen Kindern statt.

Noch kurz die weitere Geschichte Jßlands. Durch verbannte Jfen wurde Grönland und Nordamerika entdeckt und besiedelt. In beiden Welttheilen wurden die ißischen Ansiedelungen von den Einwohnern entweder zerstört oder was noch wahrscheinlicher ist, die Ansiedler nahmen die Lebensweise der Eingeborenen, der Eskimos in Grönland und der Indianer in Nordamerika an, mit welchen sie sich vermischten. Die Spuren dieser Ansiedelungen sind in der Neuzeit entdeckt.

Jßland wurde vor 500 Jahren durch den König von Norwegen erobert und es ging den Jfen nachdem sehr traurig. Später fiel Jßland an Dänemark. Durch Muth und Ausdauer haben es aber die Jfen seit zwanzig Jahren dahin gebracht, daß sie eine freie demokratische Selbstverwaltung und Selbstständigkeit wieder erlangt haben. Die Jfen haben ein eigenes auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechtes gewähltes Parlament, welches aus 24 Mitgliedern besteht und in der einzigen Stadt der Insel, Reykjavik, seinen Sitz hat.

Eideshelfer waren gewöhnlich die Nachbarn der Kläger und Zeugen, welche also eigentlich nur ein Leumundszeugniß aus dahin ausstellten: „Ich halte den Kläger und Zeugen keines Meineides fähig.“ Der Beklagte konnte ebenso Gegenzeugen erbringen. Das Verfahren war öffentlich und mündlich. Als entscheidende Richter wurden vom gesammten Landbesting für jede einzelne Klagesache eine Anzahl Geschworene gewählt. Diese leisteten den Eid, nach Ehre und Gewissen Recht zu sprechen. Bei geringeren Sachen waren es neun, bei Fragen um Leben und Tod siebenundvierzig. Die Mehrheit gab den Ausschlag. Die Strafe lauteten in Buße an Geweben, Vieh oder sonstigem Eigenthum, Landesverweisung (Verbannung) oder Tod. Die Landesverweisung konnte mit oder ohne Einziehung alles Eigenthums stattfinden.

Dieses ist das Bild eines altdeutschen Freistaates

den bemerkenswerthen Rath an die Besizenden angebahnt, „das Milchmädchen gelegentlich in ein freundliches Gespräch zu ziehen“. Auch hatte sich der würdige Mann darüber gefreut, daß der König von Württemberg aus demselben Abendmahlsbecher tränke, wie der geringste Mann. Er sah darin einen Beweis für die fortschreitende Ausgleichung der Stände! Pastor Neumann trat der harmlosen Unwissenheit, die sich in dieser Rede offenbart hatte, energisch entgegen. Er stellte fest, daß von einer Ausgleichung der Klassenunterschiede nicht die Rede sein könne; er sehe nur ihre Vertiefung. Das Sacrament werde seit vielen hundert Jahren gereicht, ohne die Standesunterschiede beseitigt zu haben. Mit vollem Nachdruck wies der Redner auf den ökonomischen Untergrund aller Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens hin. Kurz, es war eine Rede, deren sich kein Socialdemokrat hätte zu schämen brauchen. Und doch bleibt dieser Mann ruhig Pastor und hilft dem evangelisch-socialen Congreß nach wie vor, mit Sieben Wasser zu schöpfen.

Antisemitische Ausschneiderei mit der Zahl ihrer Wahlcandidaten schildert die „Nordb. Allgem. Ztg.“ in folgender Weise: Die „Staatsbürger-Zeitung“ hat kürzlich eine 96 Namen umfassende Liste antisemitischer Candidaten veröffentlicht, und die Blätter haben, ohne dieselbe näher zu prüfen, verzeichnet, in so und so vielen Wahlkreisen finde ein antisemitischer Wettbewerb statt, und haben sich über den Umfang desselben entrichtet. Prüft man jedoch die Liste der „Staatsbürger-Zeitung“ genauer, so findet man, daß dieselbe künstlich in die Länge gezogen ist, indem nicht nur für denselben Wahlkreis verschiedene Candidaten darin benannt sind, sondern auch mehrfach derselbe Wahlkreis unter verschiedenen Namen mit denselben Candidaten darin figurirt, wie denn endlich auch eine ganze Reihe von Candidaturen als schlechtmöglicherweise antisemitische aufgeführt sind, die, von anderen Parteien ausgehend, lediglich sich der antisemitischen Unterstützung erfreuen. Zeugt auch die Candidatenliste der „Staatsbürger-Zeitung“ für die dem Antisemitenthum eigenthümliche Verfahrenheit, so läßt sie andererseits erkennen, wie man bemüht ist, den Thatbestand aufzubauschen, und darauf schließen, daß die antisemitischen Bäume nicht allzu hoch wachsen werden.

Die Reptilienpresse fängt jetzt an, sich auch in die Candidaturfragen einzumischen. So legt die „Nordb. Allg. Ztg.“ ein „gutes Wort“ ein für die Candidatur des Herrn v. d. Schulenburg in Salzwehel-Gardelegen gegenüber dem Freiconservativen Schulz-Lupis. — Das wäre also der Anfang zur Proclamation von Regierungscandidaten:

Ich bin der rechte Candidat
Von tadelloser Führung
An mir ihr Wohlgefallen hat
Die ganze Staatsregierung.
Ich bin vergnügt und halte still
Und will, was der Minister will.
Was immer die Regierung thut,
Ich nicht ihr stets bejahend zu,
Und thut sie dies und thut sie das,
Ich nicht ohne Unterlaß.
Mein Kopf ist schon seit Langem leer
An jedem eignen Denken, —
Ich mag nicht die Minister mehr
Mit eigner Meinung tranken.
Was ist dabei so unerhört?
Es war ja kam der Rede wert!
Das Bischen eigener Verstand
Ich opfere es — für's Vaterland.
Nun kann mein Kopf nichts weiter thun,
Als nicken, ohne auszurufen.

Militarismus und Socialdemokratie. In Straßburg i. E. wurde, wie die „Elsaß-Lothringische Volks-Zeitung“ mittheilt, in der Kaserne des Fußartillerie-Regiments Nr. 10 eine Suche nach socialdemokratischen Schriften vorgenommen. Sie war resultatlos. Weiter hat man den Soldaten den Besuch der Wirthschaft „Vogelgesang“, wo unsere Parteigenossen Versammlungen abgehalten haben, sowie den Besuch des Cigarrenladens des Genossen Böhle, des socialdemokratischen Reichstagscandidaten für Moischheim-Erstein, verboten.

Bismarck über Revolution. In Berlin ist der Briefwechsel Bismarcks mit dem General Gerlach aus den 50 er Jahren erschienen. In einem dieser Briefe erklärt er sein Princip als das des Kampfes gegen die Revolution, hält aber nicht für möglich, daß dieses Princip in der Politik durchzuführen und bestreitet, daß es das höchste sei. Hierauf sagt er wörtlich:

„Die viele Systeme giebt es noch in der heutigen politischen Welt, die nicht in revolutionärem Boden wurzeln? Nehmen Sie Spanien, Portugal, Brasilien, alle amerikanischen Republiken, Belgien, Holland, die Schweiz, Griechenland, Schweden, das noch heut' im Bewußtsein in der gloriosen revolution von 1688 fuzende England; läßt für das Terrain, welches die heutigen deutschen

Fürsten theils Kaiser und Reich, theils ihren Mitständen, den Standesherrn, theils ihren eigenen Landständen abgenommen haben, läßt sich kein vollständig legitimer Befehlittel nachweisen, und in unserm eigenen staatlichen Leben können wir der Benutzung revolutionärer Grundlagen nicht entgehen. Viele der verübten Zustände sind eingetret, und wir haben uns an sie gewöhnt; es geht uns damit, wie mit allen den Wundern, welche uns täglich 24 Stunden lang umgeben, deshalb aufhören, uns wunderbar zu erscheinen, und niemand abhalten, den Begriff des „Wunders“ auf Erscheinungen einzuschränken, welche durchaus nicht wunderbarer sind, als die eigene Geburt und das tägliche Leben des Menschen.“

Mögen unsere Spießbürger dieses Wort ihres Heiligen alle Woche einmal lesen. Es steht geschrieben in der Beilage zur „Neuen Zürcher Zeitung“ Nr. 144 vom 24. Mai 1893.

Thure — Schüsse. Das Krupp'sche Riesengeschütz, das auf der Ausstellung zu Chicago zu sehen ist, hat eine Länge von 25 Metern, eine Tragweite von 25 Kilometern. Jeder Schuß bedarf einer Ladung von acht Centnern Pulver und kostet 5000 Mark. Dazu ist Geld vorhanden, zu wirklichen Culturzwecken dagegen nicht oder wenigstens nicht genug.

Ausland.
Frankreich.

Der Nationalrath der französischen Arbeiterpartei hat an die deutsche Socialdemokratie folgende Zuschrift gerichtet:

An die deutsche Socialdemokratie.
Werthe Genossen!

Der Kampf, den Euer Freund Liebknecht, Euer Abgeandter auf dem letzten Congreß zu Marseille, uns ankündigte, ist entbrannt. Ihr, die Ihr das zahlreichste und bestgeschulte Armeecorps des internationalen Socialismus bildet, liefert dem Militarismus, der Europa zu Grunde richtet und den Frieden bedroht, eine offene Feldschlacht. Mit Spannung verfolgen wir den Fortgang Eures Wahlkampfes, denn Großes erwarten wir von Eurem Siege, wir Franzosen und internationalen Socialisten. Euer Sieg wird die Militärpartei tödlich treffen.

Euer Sieg wird für die internationalen Socialisten ein Pfand dafür sein, daß in absehbarer Zeit ausgeräumt werden wird mit dem System der riesigen stehenden Heere, die das Loos der Völker von höfischen Launen und den Speculationen kosmopolitischer Geldmänner abhängig machen, jene stehenden Heere, die die Soldaten ihrer politischen Rechte berauben, die unsere Brüder im Waffenrock unter die eiserne Fucht des leidenden Gehorsams beugen, die sie in den Händen Ehrgeiziger als Werkzeuge von Staatsstreichen und in den Händen der Capitalisten als Werkzeuge der Unterdrückung des arbeitenden Volkes gebrauchen ließen.

Euer Sieg wird zeigen, daß das deutsche Volk statt des stehenden Heeres das Volkshoer will, das unbefleglich ist, wenn es sich darum handelt, das Vaterland gegen einen feindlichen Einbruch zu vertheidigen, das sich aber nicht zu Colonialabenteuern und Eroberungskriegen hergiebt. Die Errichtung des Volkshoeres wird die entscheidende That sein, die den Grund legt zu den Vereinigten Staaten von Europa, die wir vereinigt mit Euren 83 Abgeandten im Jahre 1889 auf dem denkwürdigen Pariser Congreß gefordert haben, der dem Proletariat das Lösungswort des ersten Mai gegeben hat und der Capitalistenklasse die Gemeinsamkeit der Ideen und der Action der Arbeiterklasse zweier Welten vor Augen geführt hat.

Und der erste Mai ist sichere Bürgschaft des Einverständnisses der vom Joche des Capitalismus befreiten Nationen.

Es lebe die deutsche Socialdemokratie!
Es lebe die Internationale!

Paris, den 30. Mai 1893.

Für den Nationalrath der Arbeiterpartei.
Die Secretäre:
Paul Lafargue. Jules Guesde.

Italien.

Der Kammer wird demnächst eine neue Vorlage über die bürgerliche Ehegeschließung zugehen, welche sich von dem früheren Entwurf Bonaccis dadurch unterscheidet, daß sie nur die Geißlichen und zwar mit Geld bestraft, während Jener gegen alle Beteiligten Freiheitsstrafen verhängen wollte.

In der Sonnabend Sitzung der Kammer verlas der Präsident ein Schreiben der Wahlprüfungs-Commission, wonach dieselbe bei der Demission verharret. Die Kammer nahm die Demission zur Kenntniß.

Der Senat stimmte fast ohne Debatte den Capiteln 1, 2 und 4 des Pensionsgesetzentwurfs zu. Bei

Capitel 3, betreffend die Errichtung der Sparkasse neuangestellte Civil- und Militärbeamte, erklärte Schagminister sich für die Annahme der aufschiebenden Tagesordnung, wodurch die Regierung aufgefordert wird, im November eine neue Vorlage über die Richtung der Pensionskassen einzubringen. Der Senat genehmigte die aufschiebende Tagesordnung und nahm geheimer Abstimmung mit 137 gegen 113 Stimmen die gesammte Vorlage an.

Spanien.

Zur Senate ergab die Abstimmung über den Bericht der Commission, welche die gerichtliche Verfolgung des ehemaligen Madrider Bürgermeisters Bosch beauftragt, Stimmengleichheit; gemäß der Geschäftsordnung muß daher die Abstimmung als geheime in nächster Sitzung des Senats wiederholt werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Juni 1893

Genossen, vergeßt den Wahlfond nicht!

Zur Wahlbewegung.

Da am 15. Juni, dem Wahltag, ein bedeutendes Aufgebot an Hilfskräften zur Leitung der Wahlgeschäfte erforderlich ist, so ersuchen wir alle Parteigenossen, welche in der Lage sind, eine Liste an diesem Tage im Wahllocal führen zu können, sich umgehend im Wahlbureau der socialdemokratischen Partei zu melden, damit die nöthige Eintheilung rechtzeitig vorgenommen werden kann.

Geht rechtzeitig zur Wahl. Viele Wähler, besonders aus dem Kleinbürgerstande und der Bauindustrie, haben die Gewohnheit, erst in der letzten Stunde vor Schluß der Wahl in das Wahllocal zu gehen, um dort ihr Wahlrecht auszuüben und dann zur Auszahlung der abgegebenen Stimmen und zur Verkündung des Wahlergebnisses zu verbleiben. Die Folge dieser Gewohnheit, besonders an Urnenmahltagen, ist nicht selten die, daß um 6 Uhr Abends, wo die Wahlhandlung gesetzlich zu schließen ist, eine mehr oder minder große Zahl von Wählern noch zu wählen hat, aber nicht mehr zur Ausübung des Stimmrechts gelangen kann. Der § 9, Absatz 2 des Wahlreglements lautet: „Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Nachmittags geschlossen.“ Der Wahlvorstand handelt also durchaus correct, wenn er mit dem Glockenschlage um 6 Uhr die Wahlhandlung schließt und auch die im Local etwa noch anwesenden Wähler nicht mehr ihre Stimme abgeben läßt. Die Wahlprüfungscommission hat wiederholt in diesem Sinne entschieden. Wer also nicht um sein Wahlrecht kommen will, begeben sich zur rechten Zeit in das Wahllocal.

Wähler, welche über ihre Zeit frei verfügen können, sollen es unterlassen, in der Zeit der Mittagspause, wo die Arbeiter meist zur Wahl eilen müssen, zu wählen. Man wähle lieber in den Stunden, wo der Andrang nicht so groß ist.

Wir machen nochmals auf die heut Abend stattfindende Wähler-Versammlung, in welcher Genosse Paul Singer referiren wird, aufmerksam. Die Versammlung findet in der Breslauer Actien-Bierbrauerei, Nicolaisstraße 27, statt.

„Das Wahl-Comitee für die Durchführung der Heeresreform hat mich beauftragt, Sie anzufragen, ob Sie geneigt sind, für die Candidaten unserer Vereinigung zu stimmen. Für den Westen von Breslau ist der Staatsminister a. D. und Ehrenbürger von Breslau, Schrecht, derjenige.

Bitte hierunter anzugeben, ob Sie am 15. d. M. Schrecht wählen werden.

Sollten Sie aber für einen anderen Candidaten „Centrum, Freisinn, Socialdemokratie“ etc. stimmen, bitte mir dies auch anzugeben.“

So lautet im Wesentlichen der Text eines Circulars, welches von einem Polizeibeamten unterschrieben und zur Weiterbeförderung an die Bewohner eines Hauses gegeben wurde. Was uns am meisten hierbei interessiert, das ist der Wissensdurst des Herrn Polizeibeamten darnach, wem die Wähler seines Bezirkes ihre Stimmen geben werden. Das ist so die bekannte Polizeidreistigkeit. Nun, es wird wohl keiner so dummkopfig sein, und dem Herrn auf die Nase binden, was für Jedermann eigene Sache ist. Wir empfehlen, auf dem gleichen Neugierigkeitsblättchen immer feste Fohrecht zu setzen, damit wenigstens der Herr Staatsminister eine angenehme Täuschung bescheert bekommt.

Das Wahlcomitee der Centrumpartei der Wahlkreise Breslau Ost und West erläßt einen Aufruf für den Centrumsbibanden, Schornsteinfegermeister Wegner, in dem es u. a. heißt: „Wir wollen die Ehre und die gesicherte Zukunft unseres deutschen Vaterlandes, wir halten aber auch an der vom Deutschen Reichstag im Jahre 1890 fast einstimmig gefaßten Resolution fest, daß nicht militärische Pläne verfolgt werden, durch welche dem Deutschen Reiche geradezu unerschwingliche Kosten erwachsen müßten.“ Darum können wir nur einen Mann wählen, der gewissenhaft erwägt, ob die geforderten, ganz außergewöhnlichen Mehrausgaben für das Heer durchaus geboten, wodurch diese Mehrkosten gedeckt werden sollen und ob eine solche Mehrbelastung die Steuerkraft des Volkes noch tragen kann.“ ... In dem Wahlauftruf des Centrumswahlcomitees für Breslau (Land)-Neumarkt, den die „Schles. Volksztg.“ unmittelbar danach zum Abdruck bringt, finden sich dagegen die folgenden, die Militärvorlage betreffenden Stellen: „Nicht die Militärvorlage allein mit ihren weitreichenden Folgen sieht zur Entscheidung.“ ... „Anderen Wahlkreisen sich anschließend, hat die Vertrauensmänner-Versammlung der Centrums-Partei am 2. Juni in Breslau beschlossen, in der brennenden Militärfrage dem Centrums-Candidaten freie Hand zu lassen, darauf rechnend, daß die Lasten hierfür in einer für alle Kreise befriedigenden Weise gedeckt werden: nicht pro Kopf, sondern nach der Leistungsfähigkeit müssen sie vertheilt werden.“ ... Dieser Wahlauftruf dient zur Empfehlung der Candidatur Huene und zeigt deutlich, daß im neuen Parlament das Centrum für Alles, was die Regierung wünscht, zu haben ist.

Die „Schlesische Volkszeitung“ warnt jammernd in ihrer heutigen Nummer vor der socialdemokratischen Landagitation, die nach wie vor im vollen Gange sich befindet, trotzdem von Seiten der Bahn-, sowie Polizeibehörden das Schwierigste bereiten nicht ausgeblieben ist. Nun, diese heftigen Warnrufe, die fortgesetzt die „Schlesische Volkszeitung“ nebst ihren Gefinnungsumpanen erschallen läßt, haben ja, wie bereits berichtet, ihre Früchte gezeitigt. Die Herren mögen sich aber hüten, der Knüppel, der sich jetzt gegen uns wendet, kann auch einmal den Hintermännern der „Volkszeitung“ schlagende Zuneigung beweisen.

Die hiesige Centrumpartei, welche als letzte offiziell in den Wahlkampf eintritt, hielt am Mittwoch, den 7. d. Mts., Abends 8 Uhr, eine gut besuchte Wähler-versammlung ab. Der große Saal des Vincenzhauses war jedoch keineswegs überfüllt. Dompräfect Meehr, welcher die Versammlung eröffnete, theilte mit, daß der aufgestellte Candidat des Centrums, Schornsteinfegermeister Wegner in Neustadt D.-S. nicht anwesend sei. Darauf sprach er als erster Redner über die Militärvorlage und präcisirte die Stellung des Centrums zu derselben dahin, daß es für die Ehre und die gesicherte Zukunft des deutschen Vaterlandes eintrete, jedoch unter dem Vorbehalte, daß nicht militärische Pläne verfolgt werden, durch welche dem deutschen Reiche unerschwingliche Kosten erwachsen müssen. Ist das nicht urchristlich und menschenfreundlich? Doch es kommt noch mehr des Lobes auf den freilich jetzt schwankenden Thurm. Herr Baurath Peters, als nächster Redner, meint zunächst, daß es betrübend wäre, zu sehen, wie in Schlesien ein Centrumsmann gegen den anderen als Candidat aufgestellt wird. Im Weiteren wendet er sich der socialen Frage im Allgemeinen zu und meinte, daß socialpolitische Reformen geschaffen werden müssen. Was das Centrum schon auf diesem Gebiete schon „gethan“ habe, ist ein Ruhmeskranz für diese Partei, die ganze Arbeiterschutzesgebung ist allein das Werk des Centrums. Das Klebegezet — wie schlau — ist nicht von diesem geschaffen, denn nur 13 Mann hätten dafür gestimmt. Wir wollen über diese Ausführungen nicht des längeren ins Gericht gehen, denn dann dürfte eine ganz andere Seite des Centrums in grellem Lichte erscheinen. Daß es für Arbeiterschutzesgezet war, ist richtig, die Arbeiter allein werden aber auch gleichzeitig im Stande sein, den Herren den würdigsten Dank für dieses „Arbeiterschutzesgezet“ abzustatten. Der Ruhmeskranz des Centrums könnte dann eine Dornenkrone werden. — Als dritter Redner trat Herr Pfarre-Neumann auf. Nicht ohne Mißbehagen habe er das Wort ergriffen, denn die Verwirrung und Spaltung sähe er in den Reihen des Centrums. Man müßte die Fahne desselben verhüllen, da sie verwaist dastände. Schließlich meinte er, daß die Zeit niemals kommen wird, in der man die Fahne des Centrums im Museum für Alterthümer stellt und ereiferte sich des ferneren über die Jesuitengezete und so weiter. Nach kurzen Worten des Leiters der Versammlung, des Dompräfect Meehr wurde die Ver-

sammlung mit einem Hoch auf das Centrum geschlossen. — Entgegen den Antisemiten drang hier die Erkenntniß durch, einen Erfolg bei den Wahlen nicht erringen zu können, für derartige Volksfreunde ist es auch besser, wenn sie statt in das Parlament zu ziehen, daheim ihre Gedanken klären.

Die „Schlesische Zeitung“ ist feste daran, abzuleugnen, daß von Seiten der Reaction eine Verkümmernng des Wahlrechts in Aussicht stehe. Wir wollen die Herren nur daran erinnern, daß sie sich ja durch die Verlängerung der Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre, auch ein Attentat auf das Wahlrecht gestatteten; und aus ihren Schriften zur jetzigen Wahl geht unzweifelhaft hervor, daß sie eine Aenderung des Wahlsystems wünschen, nun, ein Idiot kann sich nur darüber im Unklaren sein, was dies bedeutet, wenn es der Reaction gelingt, ihren Willen durchzuführen.

Der gefürchtete „Freisinn“. Unsere beiden hiesigen „freisinnigen“ Organe thun sich von Zeit zu Zeit damit etwas zu Gute, daß nationalliberale Männer erklärt haben sollen, sie wollen lieber einen Socialdemokraten, als einem Freisinnigen zum Siege verhelfen. Nun mag sein, daß es selbst in der Reaction Männer giebt, welchen die in ihrer Gesinnung consequenten Socialdemokraten achtungswerther erscheinen, als die Wasserstiefler und Wabelstrümpfer des Freisinns; die wohl die rechten Figuren für die Vierbankpolitik der Philister sein mögen, aber für das Parlament der nöthigen Charakterfestigkeit entbehren. Thatsache ist aber, daß noch immer — der verschiedensten Interessengemeinschaft wegen — die Herren Nationalliberalen und verwandten Seelen bei Stichwahlen zwischen Freisinn und Socialdemokratie den ersteren zum Siege verhelfen. Nun, und die Herren vom Freisinn, wie stehen denn die zu der Frage, für oder gegen die Socialdemokratie? An der 90er Wahl haben wir es gesehen; ihnen ist kein Bündniß schmachvoll genug, um einen Triumph gegen die Socialdemokratie auszuspielen zu können. Die Angst vor der Socialdemokratie wird auch bei der jetzigen Wahl in den „freisinnigen“ Reihen ihre Wunderdinge zeigen. Wir kennen unsere Pappenheimer.

[Vom Lobe-Theater.] Um vielfachen Wünschen des Publikums nachzukommen, tritt Josef Josephi heute, Donnerstag, nochmals als „Sobibert“ in Millöckers „Die Jungfrau von Belleville“ auf. Morgen, Freitag und übermorgen, Sonnabend, geht neu einstudirt „Das Sonntagkind“ in Scene. Hermann Böttcher tritt in der Titelrolle zum ersten Male nach seinem achtwöchentlichen Urlaub wieder auf. Sonntag setzt Josef Josephi sein Gaskspiel fort.

[Alarmirung der Feuerwehr.] Am 7. dies. Mts., Nachmittags gegen 3 Uhr, entstand in den Kellerräumen des Grundstücks Rosenthalerstraße 10d ein Brand, der verschiedene der daselbst lagernden Utensilien (Besen u. dergl.) ergriff. Die Feuerwehr löschte das Feuer vermittels der Handspitze.

[Von der elektrischen Straßenbahn.] Die Uebergabe der elektrischen Straßenbahn an den öffentlichen Verkehr wird voraussichtlich Mitte der nächsten Woche erfolgen. Die Regierung hatte, da die hiesige elektrische Bahnanlage dem Kleinbahngesetz untersteht, dem Kriegsminister die Entscheidung über die Eröffnung der Bahn überlassen und dieser hatte sich die Genehmigung zur Eröffnung der Bahn vorbehalten. Nach dem Eintreffen dieser Genehmigung seitens des Kriegsministers sind zur öffentlichen Betriebsübergabe nur noch unerhebliche Formalitäten zu erfüllen, da die hiesigen zuständigen Behörden, wie vor einigen Tagen bereits mitgetheilt, Einspruch nicht mehr erheben.

[Raubanfall.] Ein Arbeiter aus Wischenda, Kreis Lissa, traf am 3. d. Mts., Abends gegen acht Uhr aus seiner Heimath hier auf dem Oberschlesischen Bahnhof ein und wollte sich nach dem Märkischen Bahnhof begeben, um von dort seine Reise nach Sachsen fortzusetzen. Da er zum ersten Male in einer großen Stadt weilte, blieb er längere Zeit vor dem Oberschlesischen Bahnhof stehen, um sich den um ihn her wogenden Verkehr zu betrachten. Unterdessen gestellten sich zwei im Anfang der zwanziger Jahre stehende Männer zu ihm, die ihn über seine Verhältnisse ausfragten. Bereits war die 10. Stunde herangekommen, als einer der Männer die Frage an den Arbeiter stellte, ob seine Uhr auch richtig gehe. Ahnungslos zog derselbe seine Uhr heraus, worauf ihn der eine Mann am Halse packte, während der andere die Uhr an sich riß und außerdem dem Arbeiter aus einer Brusttasche ein Portemonnaie mit 7,45 Mark Inhalt stahl. Darauf ergriffen die Männer, welche mit grauen,

defecten Anzügen bekleidet waren, die Flucht. Die Uhr war gezeichnet: „Lorenz Mayschref.“

[Verhaftungen.] Am 3. d. Mts., Abends, betreten ein Schlosser, ein Drechsler und ein Tischler eine Restauration auf der Adalbertstraße und sinnen mit den anwesenden Gästen Streit an, welchem bald Thätlichkeiten folgten. Da die drei randalirenden Burschen der wiederholten Aufforderung des Wirthes, das Local zu verlassen, nicht nachkamen, vielmehr ihre Thätlichkeiten fortsetzten, wurden einige Polizeibeamte herbeigerufen, denen es schließlich gelang, die Burschen dingfest zu machen. — Festgenommen wurde ein Dienstmädchen, welches seine Herrschaft wiederholt bestohlen hatte. Bei einer Durchsuchung ihrer Sachen wurde eine Menge Wäsche zu Tage gefördert, die das Zeichen eines hiesigen größeren Hotels trug, also auch von einem Diebstahl herrühren dürften. — Ein bei der hiesigen Postbehörde angestellter Assistent ließ sich dieser Tage eine Unterschlagung von 483 Mk. zu Schulden kommen. Der junge Mann wurde am 8. d. Mts. verhaftet. — Ferner wurde ein Arbeiter festgenommen, der ein Portemonnaie mit 17 Mk. gestohlen hatte.

[Beschlagnahme] wurde ein Opernglas und ein Bettbezug, gez. G. S., welches ein Mann Anfang dieses Monats in einem Pfandleihgeschäft auf der Münzstraße zum Verkauf angeboten hatte.

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet wurden: am 6. d. Mts.: 40 Personen. — Gestohlen wurden: einem Arbeiter auf der Friedrichstraße eine silberne Cylinderuhr; einem Handelsmann aus Hermsdorf, Kreis Ohlau, eine Brieftasche, welche einen Gewerbeschein und 2 Zinscheine zu je 7,50 Mk. enthielt; einem Malermeister auf der Münzstraße aus seiner Wohnung 60 Mark. — Abhanden kamen: eine silberne Remontuhr und ein Portemonnaie mit 4—5 Mark Inhalt. — Gefunden wurden: zwei goldene Ringe, zwei Portemonnaies mit Inhalt und eine Peitsche.

Schlesien.

An die Parteigenossen des Waldenburger Kreises!

Wir richten an alle Parteigenossen, welche uns im Wahlkampf unterstützen wollen, die Bitte, namentlich zum Verbreiten der Flugblätter und Stimmzettel, sowie zur Besetzung der Wahllocale am 15. Juni, sich bei den Unterzeichneten zu melden.

Das Wahlcomitee.

E. Michaelis, Uhrmacher, Waldenburg.

D. Schlinger, Altwasser.

C. Großer, Schuhmacher, Nieder-Tannhausen.

Partei-Genossen! Vergesst den Wahlsond nicht!

Waldenburg. Genossen, welche sich während der Wahlzeit zur Verfügung stellen können, werden ersucht, sich sofort bei dem Uhrmacher Michaelis, Freiburgerstraße, gegenüber der Stangenmühle, zu melden.

Waldenburg. Am vergangenen Sonntag hielt der liberale Wahlverein, dessen Candidat, Herr Goldschmidt, für die Militärvorlage eintritt, eine Wählerversammlung ab. Dieselbe war in überwiegender Zahl von Socialdemokraten besucht. Daraus war die Stimmung über die Wahl im hiesigen Kreise, wen man wählen wird, am besten zu ersehen. Der rechtsliberale freisinnige Candidat dürfte nicht viel Stimmenfang betriebe haben! Aus dem Referat des Goldschmidt wäre zu erwähnen, daß er glaubte, den Arbeitern eine Lüge aufzubürden dadurch, unser Candidat Müller habe im Saarrevier die Bergarbeiter-Familien durch den letzten Streik unglücklich gemacht. Dies war aber nur ein Werkens, welcher sich keiner Partei angeschlossen hat, gewesen, wogegen Müller in der Bergarbeiterbewegung Westfalens stand. Dem Goldschmidt wurde auf der Stelle mit dem Worte: „Lüge“ erwidert. Natürlich hat dies dem Freisinn nicht gepaßt. — In Tannhausen producirte sich der freisinnige Held ebenfalls und zwar unter demselben Flasco als in Waldenburg.

Ober-Hermsdorf, Kr. Waldenburg. Rohheit unter den gebildeten Ständen. Am ersten Feiertage stand auf der Nieder-Hermsdorferstraße ein Bergarbeiter bei einem ihm entgegenkommenden Mann, um sich bei letzterem seine Cigarre anzuräumen, dabei hielt Ersterer seinen Stock unterm Arme. Inzwischen ging ein noch nicht lange aus der Bergschule entlassener Hilfsknecht J. vorüber, welcher angeblich durch den Stock am Bade berührt worden sein soll. Darüber oder vielleicht aus überhebendem Stolz, daß sich ein Arbeiter erlaube, eine Cigarre anzuräumen, gab J. demselben Ohrspeigen, nahm ihm seinen Stock unterm Arme weg und versetzte demselben mit diesem noch mehrere Schläge über den Kopf, so daß die Aufnahme in das Waldenburger Lazareth nothwendig wurde. Der betr. schneidige Herr wird hoffentlich seiner Strafe wegen Körperverletzung nicht entgehen.

Der „Feiertag des Arbeiters“ und „Hausfreund“, welche sonst nur von Rohheiten der Arbeiter berichten, wollen ebenfalls hiervon Notiz nehmen!

Wahlkreis Bunzlau-Lüben. Auf zum Wahlkampf! Das ist die Parole und unsere Genossen, entfalten eine rege Thätigkeit. Da Genosse Geiler in Folge Krankheit verhindert ist, zu candidiren, übertrug das Wahlcomitee die Candidatur auf Genossen Tischlermeister Stolpe. — Vorige Woche fanden die ersten Wahlversammlungen statt. Genosse Redacteur Scheib aus Breslau referirte in drei derselben. Die erste fand Sonnabend Abend in Birkenbrück statt, zu welcher sich auch drei Gegner eingefunden hatten. Nachdem der Referent in einstündiger mit Beifall aufgenommenem

Rebe über die bevorstehenden Reichstagswahlen und die gegnerischen Parteien gesprochen, meldeten sich die genannten Herren zum Wort. Es genügt, die eine Thatsache anzudeuten, daß einer der Drei sich sogar zu der Aeußerung verließ, daß ja nicht nur Socialdemokraten, sondern auch die Gonfervativen gegen die Militärvorlage gestimmt. Die beiden Andern brachten ähnliches Blech zum Vorschein. Vom Redner und einem Genossen wurde ihnen eine Unbefolgung zu Theil, an die sie oft noch denken werden. Sonntag, Nachmittag 4 Uhr referirte Schöps in Tiefsenfurt, Kreis Bunzlau, vor ungefähr 400 Personen. Die Begeisterung war groß und die Vorklärungsbelegungen ununterbrochen. Als eine Resolution zur Abstimmung gelangte, wurde dieselbe gegen zwei Stimmen (die des Herrn Amtsvorstehers und eines Herrn, der sich in seiner Begleitung befand) angenommen. — Als nach Schluß der Versammlung die Anwesenden die Marktschiffen singen wollten, mißfiel sich der Gendarm hinein und verbot es. Genosse Starke aber klärte den Herrn darüber auf, daß er nicht das Recht habe dies zu verbieten. Seine Worte verfehlten ihre Wirkung nicht, der Herr Gendarm lehnte sich den Heim auf und verließ das Local. Hinter ihm aber erschallten gerade die Worte des von der Versammlung wieder aufgenommenen Liedes: „Nicht fürchten wir den Feind, nicht die Befahren all.“ — Montag Abends 8 Uhr fand eine Wählerversammlung im „Kronensaale“ zu Bunzlau statt. Der große Saal war vollständig gefüllt; auch waren viele Freisinnige erschienen. In 1 1/2 Stunden Reden legte Genosse Schöps den Anwesenden die Ziele und Bestrebungen der Socialdemokratie dar, schilderte die bürgerlichen Parteien in ihrem Verhalten zum Militarismus im Gegensatz zu uns und ermahnte im Schlußwort zur Einigkeit und gemeinsamen Vorgehen. Endloser Beifall lohnte den Redner und mit einem dreifachen Hoch auf die internationale völkerebefreiende Socialdemokratie schloß der Vorsitzende, Genosse Starke, die imposante Versammlung. Binnen Kurzem finden noch mehrere Versammlungen statt und ist der Nüchtrigkeit der Genossen in Stadt und Land nur volles Lob zu spenden. Die Agitation durch Flugblätter wird rege betrieben. So wollen wir alles, was in unseren Kräften steht, thun, um der guten Sache zu dienen. Denn die Lage der Bevölkerung ist hier eine traurige; die Industriearbeiter bekommen einen fährlichen Lohn, die kleinen Grundbesitzer sind tief verschuldet, so daß die Leute nach Erlösung sehn. Dies kann und wird nur geschehen, wenn am Wahltag alle ihre Stimme nur dem socialdemokratischen Candidaten geben. Darum müht sich an die Arbeit, die Frucht derselben möge am 15. Juni der Sieg über unsere Gegner sein.

Neufisch. Der Herr Lehrer Günther ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen:

„In Nr. 23 der „Volkswacht“ ist in dem Bericht über die am 28. v. M. hier selbst abgehaltene socialdemokratische Wählerversammlung zu lesen: „In der Discussion macht Lehrer Günther gegenüber den Darlegungen des Referenten geltend, daß von der freisinnigen Partei nur 6 Mann für die Militärvorlage gestimmt hätten und demnach ihre Stellung gegen die Vorlage immer noch Thatsache wäre, im Uebrigen erklärte er sich mit den Ausführungen einverstanden.“ Der letzte Satz könnte zu der irrigen Auffassung führen, daß ich mit allen übrigen Ausführungen des Redners einverstanden gewesen sei, deshalb stelle ich hiermit fest, daß ich zu Anfang meiner wenigen Aeußerungen gesagt habe, ich sei mit „einigen“ und zwar, wie ich ausdrücklich betonte, mit den zu Anfang der Rede gemachten Darlegungen einverstanden. Diese Darlegungen betrafen die Vertheuerung der Lebensmittel durch Völle.

Neufisch, Kreis Breslau. Günther, Lehrer
Wir haben dem Einlender dieser Zeilen hiermit Gelegenheit gegeben, sich von dem furchtbaren Verdachte — der sonst auf ihn gefallen wäre, einem socialdemokratischen Redner Recht zu geben — zu befreien.

Domnowitz, Kreis Trebnitz. Gegen Sonntag wurden die Genossen Eigner, Kellner und der Candidat des hiesigen Wahlkreises, Genosse Langner-Breslau, beim Flugblättervertheilen thätlich angegriffen. Die Angreifer waren der Gemeindevorsteher Labitzke und der Bauerntugsbefitzer Steinigte. Beide Herren schlugen in die Genossen ein. Eigner wurde von dem Labitzke mit Ohrfeigen tractirt, Langner der Gut durchschlagten, u. s. w. Ebenso wurden ihnen die Flugblätter weggenommen — Das ist die Knütteltactik unserer Gegner, die zu solchen Mitteln greifen. Und das wollen noch gebildete Herren sein.

Brieg. Am Sonntag, den 4. d. M., fand im Saale des Schauspielhauses hierseits eine Wählerversammlung der freisinnigen Partei statt, zu welcher Gäste Zutritt hatten. In derselben präferirte sich Herr Julius Köhler aus Pulzen, Kreis Schweidnitz, als Candidat der freisinnigen Partei. Da Herr Köhler aber nicht selbst sein Programm in fließender Rede den Versammelten darlegen konnte (nach seiner eigenen Aussage ist er kein Redner, da er nur die Dorfschule besucht hat), so hatte ein Herr Müller das Referat übernommen. Näher auf dasselbe einzugehen, verlohnt sich nicht der Mühe, da es weiter nichts als die alte bekannte Schaulkopplikeit des Freisinnis enthielt. Die „freisinnige“ diese Partei ist, wurde noch dadurch bewiesen, daß, als sich einer unserer Genossen zum Wort meldete, einfach darüber zur Tagesordnung übergegangen wurde und schleunigst nach einem Hoch auf Herrn Müller, welches dieser mit einem Hoch auf Herrn Köhler beantwortete, die Versammlung geschloß. Die Wähler von Brieg-Namslau aber mögen sich hüten, ihre Stimme für Herrn Köhler abzugeben, denn alles was ich es noch im Gedächtnis, daß der frühere Candidat des Freisinnigen von 1893, Herr Böhmel, bei der Abstimmung über die Militärvorlage für dieselbe stimmte. Vor der Wahl haben diese Herren für das Volk die schönsten Versprechungen, haben sie aber das Mandat in der Tasche, so machen sie sich kein Gewissen daraus, das Volk zu verrothen. Die einzige Partei, die seit und von zu dem Volke Sache gehend trotz allen Verfolgungen, die sich um persönlichen Vortheils willen nie und nimmer kaufen ließ, ist die Socialdemokratie. Darum Ihr Wähler, gebt am 15. Juni eure Stimme dem Candidaten dieser Partei, dem formen Oscar Schütz, Breslau. Ihr Parteigenossen aber, thut alle Mann eure Pflicht und Schuldbigkeit in der Agitation für denselben, damit es am 15. Juni stehen mag: Surrexit! der Sieg ist unser! Vorwärts für wahr-

Freiheit und wahres Recht! Hoch, die völkerebefreiende, revolutionäre Socialdemokratie.

Brieg. Als in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag unser Genosse Kahler mit den für den Wahlkreis Brieg-Namslau bestimmten Flugblättern und Stimmgeldern ankam wurde er nicht nur von einer Menge Genossen, sondern auch von den Dienern der heiligen Hermandad erwartet. Kaum war derselbe mit dem Wahlmaterial dem Zuge entfliegen, als sich die Beamten auf letzteres mit aller Hast stürzten und es in Beschlag nahmen, trotzdem von Seiten unseres Genossen energisch Protest erhoben wurde. Nach längerem Hin- und Herstreiten wurde ihm zwar gestattet, in der zum Transport bestimmten Droschke mitzufahren und im Beisein von zwei anderen Genossen, sowie des Herrn Bürgermeister und den Polizeibeamten, der Untersuchung der Pakete beizuwohnen. Freigegeben wurden sofort Zeitungen und Stimmgeld, die Flugblätter jedoch wurden bis auf Weiteres beschlagnahmt. Gegen die Beschlagnahme ist sofort Beschwerde bei der zuständigen Behörde erhoben. Am 15. Juni aber werden die Wähler die Antwort darauf nicht schuldig bleiben.

Strehlen. Wähler-Versammlungen. Am Sonntag, den 4. d. M., fanden in Toppendorf und Pusinetz bei Strehlen je eine große Wählerversammlung unter freiem Himmel statt, welche im ersten Ort von über 700, im zweiten von über 400 Personen besucht waren. Trotzdem der angemeldete Redner nicht erschien, hat Genosse Müller es verstanden, die Anwesenden zu überzeugen, daß nur durch die Socialdemokratie eine bessere Gestaltung der heutigen Verhältnisse eintreten kann, dies bewies der Beifall, als die Anwesenden aufgefordert wurden, mit allen Kräften für die Wahl unseres Candidaten, Genossen Schütz, einzutreten.

Ebenso werden die Genossen nochmals aufgefordert, sich Sonntag, den 11. d. M., früh 6 Uhr, zur Wahlagitation an den ihnen bereits bekannten Stellen Mann für Mann pünktlich einzufinden. Kein Genosse darf fehlen.

Jauer. Einer, der nicht hatte, wo er sein Haupt hinlegen konnte, scheint der Erzpriester Muche in Profen gewesen zu sein. In der Stadtrathers-Sitzung vom 5. Juni wurde nämlich beschlossen, die Erbschaft des zu Profen verstorbenen Erzpriesters Muche anzutreten, da er die Stadt Jauer zur Universalerbin eingesetzt hat. Die Hinterlassenschaft beträgt 741 559,52 Mark. Es wurden vorgefunden 414,52 Mark baar, 589 800 Mark in Pfandbriefen und Staatspapieren, 133 433 Mark in Hypotheken und 14 181 Mark in Schuldscheinen. Zu dieser Summe tritt noch ein Bankguthaben. Die an Verwandte, Gemeinden und kirchliche Zwecke auszuhaltenden Legate belaufen sich auf 62—65 000 Mark, und außerdem sind noch mehrere Jahresrenten von den Zinsen zu zahlen. Mit dem Reincapital, das sich auf nicht ganz 700 000 Mark belaufen wird, ist nach dem Testament unter der Verwaltung des Magistrats ein Ignaz Muche-Stipendium zu errichten, dessen Zinsen als Stipendien für Gymnasialisten, Mittelschulschüler, Realchüler, sowie an Mediziner, Philologen, Juristen, wie überhaupt für jede Carriere mit höherer Bildung zu zahlen sind, ohne Unterschied des Glaubens. — Die katholische Pfarrei Profen bringt jährlich gegen 15 000 Mark, darunter 12 000 Mark Ackerpacht. Der Verstorbenen hatte dieselbe 53 Jahre inne und soll sehr einfach gelebt haben, so daß er das große Vermögen ansammeln konnte. Wie mancher kleine Bauer mag wohl, um einen Theil dieser 12 000 Mark zusammenzubringen, gedacht haben, und jetzt wird dieses Geld für Leute verwendet, die nicht einen Tropfen Schweiß in demselben wecken haben.

Lauban. Die für Sonntag, den 4. Juni, einberufene Versammlung war von circa 600 Personen besucht, auch einige Frauen waren anwesend. Herr Reichstags-Candidat Genosse Hugo Keller sprach in einem 1 1/2 stündigen Vortrag über verschiedene jetzt ja sehr schwerwiegende Punkte, die zur Auflösung des Reichstages den Grund geben. Besonders beleuchtete er den Freisinn, der sich nun auch hier ein großes Maß von Mittrauen erworben hat, wie auch die allgemeine Stimmung von unheimen läßt. Sodann kennzeichnete er die beiden neuen Parteien, auf die Niemand große Hoffnungen zu legen braucht. Beide Parteien vertreten mancherlei Interessen, die dann auch natürlich Luftschlöffer auf den Flüß Anderer bauen. Mit großem Interesse lauschten Alle dem Vortrage, der öfters durch Beifall unterbrochen wurde. An der Discussion wagte sich kein Gegner zu betheiligen, wohingegen einige Genossen daran theilzunehmen, die ihre Reden unter Beifall endeten. Zum Schluß sprach Genosse Keller noch über den Bauernbund. Der ganze Vortrag machte für unsere Sache einen mächtigen Eindruck, zumal der bisherige freisinnige Ungarnedact, Herr Edwin Lüders, am Abend vorher hier gesprochen hatte. Viele hörten auch diesen Vortrag an und finden auch dieselben, daß die Begeisterung für den Socialismus ein bedeutend größerer ist. Wir machen im Anschluß hiermit auf die am Abend des 14. Juni stattfindende Versammlung aufmerksam.

Kunzendorf, 7. Juni. Die „Schles. Volks-Zeitung“ schrieb, als uns vor circa zwei Jahren durch alle denkbaren Machinationen die Versammlung unter freiem Himmel in Karolitz hintertrieben wurde, daß die Socialdemokratie, wenn ihr so entgegengegearbeitet wird, in Kurzem todt sein würde. Die bevorstehenden Reichstagswahlen aber werden beweisen, wie stark unsere Partei hier vertreten sein wird. Ebenso kann sich der Gewährsmann der „Schlesischen Volks-Zeitung“ auch von der gestirbenen Socialdemokratie in der am Sonntag, den 11. Juni 1893, Vormittags 11 Uhr, im Garten des Genossen Freireitensburger Gustav Binner, stattfindenden Wählerversammlung der socialdemokratischen Partei überzeugen, zu welcher auch die Breslauer Genossen, welche Zeit und Gelegenheit haben, ihr Erscheinen beitragen werden, das die Versammlung sich zu einer imposanten gestalten wird. Die Besuche ist geschlossen; jetzt im Sturmschritt vorwärts!

Ötendorf, Kreis Groß-Wartenberg. Der Kampf mit „geiftigen“ Waffen. Gegen die Wahrheit und das Recht wendet sich die Gewalt, dies müssen unsere Genossen erfahren, die am letzten Sonntage in dem genannten Dorfe Flugblätter und Stimmgeld verteilten. Auf dem Dominium des Herrn Menzel trat ihnen der Wirtschaftsspector Becker entgegen, welcher sofort auf Genossen Adolf Kemmer einwirkte. So daß derselbe ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Auch nahm der rauhfüßige Herr 150 Stück Flug-

blätter und einen Spazierstock beim Gemüthhandeln weg. — Selbstverständlich wird gegen den Inspector Klage erhoben werden. Ueberhaupt war dem Genossen in Ottendorf die Agitation erschwert, da reitende Boten die Wege verlegten — Mußt doch alles nichts, auch die Leute in jener Gegend werden die Wahrheit erfahren.

Neufisch a. D. Am Donnerstag, den 1. Juni, fand hier eine Wähler-Versammlung statt. Endlich war es uns zum ersten Mal gelungen, ein größeres Local zu einer Versammlung zu erhalten. Trohdem der Wirth des Locales von verschiedenen Seiten bedrängt wurde, uns sein Local nicht zur Verfügung zu stellen, so nützte es dieses Mal unseren Gegnern nichts; es wurde gemacht. Lange vor 8 Uhr wurde der geräumige Saal des „Wiener Hof's“ bis auf den letzten Platz besetzt, so daß die zuletzt Kommenden im Vorzimmer und Flur verweilen mußten. Vorausgeschickt ist noch, daß der überwachende Herr Polizei-Commissar vor der Eröffnung der Versammlung aufforderte, alle diejenigen, die noch nicht das 25. Lebensjahr erreicht haben, hätten sofort den Saal zu verlassen, widrigenfalls die Versammlung nicht stattfinden dürfte! Ob für Neufisch ein besonderes Versammlungs-Gesetz besteht, wissen wir nicht; denn in dem preussischen Versammlungs- und Vereins-Gesetz ist ein Paragraph über Artikel nicht zu finden, der derartige besagt. Genosse Stolpe sagte sehr treffend in seiner Kritik hierüber: Was in Preußen noch nicht verboten ist, ist immer noch erlaubt. Aber doch eine Vorwurf, daß unsere Versammlungen nur immer von grünen Jungen besucht würden, kann uns dieses Mal auch wieder nicht treffen, denn hierfür hatte die Polizei energische Sorge getragen, daß nur reife Männer der Rede und den Ausführungen unseres Candidaten, Genossen Herrn Stolpe lauschen durften. Um 9 Uhr wurde die Versammlung vom Genossen Lauf eröffnet. Referent Candidat Genosse Hermann Stolpe erhielt sogleich das Wort zu seiner Vortrage. Mit einigen Worten das Verhalten des überwachenden Beamten kritisch, ging Redner zu dem Thema: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“ über. Er besprach die Stellungen aller Parteien im Allgemeinen und insbesondere zur Militärvorlage in eingehendster Weise. Er wies nach, daß die Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der socialdemokratischen, nur Sonderinteressen, die Interessen der bestehenden Klasse vertreten, und nur vor den Wahlen kommen, dem ausgepöbelten Volke, dem Bruder Bauer, Arbeiter und Handwerker die Hand reichen und allerlei Versprechungen machen, ihnen ihre Lage zu verbessern, oder wie man zu sagen pflegt, die Speck schwaute durch den Mund zu ziehen. Sind aber erst die Wahlen vorüber, dann hat die Freundschaft ein Ende, dann geht die Auspöbelung des Volkes durch das Capital wieder von Frischem los. Anders verhält es sich mit den Vertretern der socialdemokratischen Partei. Dieselben sind jeder unter dem Volke, aus demselben hervorgegangen, sind bemüht und unausgesetzt thätig, die Massen des bedrückten Volkes aufzuklären über ihre Lage, mit ihnen zu rathen und zu thaten. Nur der kann den Jammer und die Klagen des ausgepreßten Volkes am besten verstehen und fühlen, der das Elend die Leiden und den Hunger am eigenen Leibe mit zu verspüren bekommt. Redner presste dann noch einige Punkte aus unserem Programm, besonders diejenigen, die von unseren Gegnern immer falsch ausgelegt werden, und schloß dann seinen oft von stürmischen Bravorufen unterbrochenen Vortrag mit den Worten aus dem bekannten Liede: Arbeiter-Feldgeschrei vom H. Greulich:

„Wir wollen Frieden, Freiheit, Recht,
Daß Keiner sei des Andern Knecht,
Daß Arbeit aller Menschen Pflicht,
Daß Keinem es an Brot gebricht.“

Das wollen die Socialdemokraten! Wenn auch sonst immer die Herren Gegner bei jeder Gelegenheit in ihren Versammlungen, in denen wir nicht zum Worte kommen über uns in gerade nicht liebevoller Weise herziehen, so muß sich doch ein Jeder fragen, warum denn hier nicht? da wir doch jedesmal und überall Jedem freie Rede gestatten. Sehr einfach: gegen die einem Jeden in die Augen springende Wahrheit läßt sich nicht kämpfen. Da nützt kein heuchlerisches Phrasendreschen, da nützt kein Lügen und kein Schimpfen, alles würde dann unter das Secirmesser genommen und die Materie, die aus den aufgeschüttelten Eiterbeulen spritzte, würde nur unsere Gegner befehlen. Darum den Mund halten. Genosse Stolpe forderte noch in seinem Schlußworte alle Wähler auf, am 15. Juni an die Wahlurne zu treten und dort seine Stimme einem Manne zu geben, dem das Wohl des ganzen Volkes am Herzen liegt; der nicht will, daß das Volk noch mehr mit neuen Lasten bedrückt werde, nicht nach oben spielt und mit dem Volke Comödie treibt. — Mit einem dreimaligen Hoch auf die völkerebefreiende Socialdemokratie wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Genossen! Nur noch wenige Stunden trennen uns von dem Termin, in welchem das Volk über sich selbst entscheiden soll. Darum siehe Jeder auf seinem Posten und kämpfe für Wahrheit, Freiheit und Recht! Auf, Genossen, zum Siege!

Muskau. Parteigenossen! Der Tag der Wahl, an welchem die Erde unter dem Massentritt der deutschen Arbeiter-Bataillone erdröhnen wird, naht; nur noch wenige Tage und wir haben zu entscheiden, ob wir noch größere Lasten uns wolle aufbürden lassen, oder nicht. Die Gegner kämpfen mit den berücktigten Mitteln von 1887; nun wollen ihnen im Voraus sagen, daß dieselben nicht mehr so recht „ziehen“. Man spricht und schreibt von Luxus- und Hörnenfeuer, zu welchen das arbeitende Volk nichts zahlen soll sei auf der Hut, auch diesmal wird man Dir die Last auferlegen. Man verspricht Gehang des Handwerkes, der Landwirtschaft, auch Saug der vaterländischen Arbeit, aber was? Warum ist alles das nicht schon früher besorgt worden? Ja freilich, wir stehen vor der Wahl und darum so große Versprechungen! Auch werden Wahlbeeinflussungen gemeldet, und auch das „Freibier“ fließt wieder. Landleute, Handwerker, Arbeiter! die Wahl ist geheim, laßt Euch nicht beheimlichen, bedenkt, Ihr wählt auf 5 Jahre, darum gebt eure Stimme einem Manne, der mit uns fühlt und mit uns leidet. Tretet alle für unseren Candidaten ein, agitiert recht fleißig. Es giebt leider sehr viele unserer Genossen, welche nichts thun; das darf nicht sein. Darum, ihr Säumigen, rücket heran, thut auch Ihr eure Schuldbigkeit und überlaßt nicht Alles, wie bisher, den Andern, dann wird der Erfolg

aus ein großer sein. Jedes Haus muß mit Flugblättern belegt werden. Und nun fleißig ans Werk. Arbeiter, Handwerker, Landleute, wählt einen Mann aus dem Volke, wählt den Cigarrenhändler Gottfried Schulz aus Berlin.

Gleiwitz. Von der Wahl. Mit verhaltenen Nüchternheit entwickeln sich auch hier die tiefgewurzelten Keime, die immer mehr um sich greifen und Zeugnis dafür geben, wie die Bestrebungen für unsere wahre Sache voll und ganz erfasst werden, so daß wir auch hier sagen können: endlich sind die lebensfähigen Geister erwacht, denen die Erkenntnis hell aufleuchtet, welches Ziel wir zu erreichen haben. Mit dem höher steigenden Bewußtsein wird es uns immer klarer, von wem es abhängt, die gesetzgebenden Körperschaften zu berufen. Darum, Genossen von Gleiwitz mit denen wir nicht mündliche Fühlung nehmen können, bestede ein Jeder sein Selbst, setze ein Jeder seine Kraft ein, um dahin zu wirken, daß nur der Candidat unsere Stimme erhält, der mit ganzer Seele für unsere Bestrebungen eintritt und der uns unserem Ziele näher führt, für den Candidaten der socialdemokratischen Partei „Wollny“ für Ost-Gleiwitz-Lublitz. Obwohl sich dieses alles immer noch unter einem dichten Schleiher verbirgt, am 15. Juni aber treten wir mit unserer Kraft zu Tage, dann sollen unsere Gegner mit starren Augen das Ereignis schauen, das sie gewaltig erschüttern läßt und nur zum Siege führt.

Vereine u. Versammlungen.

Pöpelwitz (Landkreis Breslau). Wählerversammlung. Dienstag, den 6. d. Mts., Abends 8 Uhr, fand im Saale von Guismann, eine gut besuchte Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Schebs über die bevorstehende Reichstagswahl und die gegnerischen Parteien referierte. Seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen enthielten im Wesentlichen etwa Folgendes: Einen sonderbaren Anblick boten die gegnerischen Parteien kurz vor der Auflösung des Reichstages, man war bemüht, wenn irgend möglich, ein Compromiß zu Stande zu bringen. Jetzt, nach derselben, herrscht unter diesen Parteien eine ganz unheimliche Rathlosigkeit. Die Cartellparteien haben sich ein neues Aushängeschild, den Bauernbund, geleistet, mit welchem man aber auch nichts, als Bauernfang treibt. Die nothleidende Landwirtschaft soll sich in ihm zusammenfinden; alle diejenigen, welche wie Herr Rupprecht in Mansern, unzufrieden sind. Im Grunde hat dieser Bund jedoch für die kleinen Bauern durchaus keinen Reiz, ebensowenig wie für sie die Zölle und Steuern ein Schutz sind. Den Vortheil hat nur der große Besizer. Bei der Kennzeichnung des Centrums erwähnt Redner besonders die Haltung Huene's. Dieser Mann, der vor drei Jahren sagte, er wolle für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung eintreten, hat bewiesen, wie er dies zu verwirklichen strebt. Wie Huene und andere Herren des Centrums es mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten, für die Militärvorlage zu stimmen, sei unerklärlich; sie haben dadurch das Volk verrathen und verkauft. Und dennoch hat man Huene wiederum als Candidaten für den Landkreis Breslau aufgestellt; an der Wählerchaft freilich wird es liegen, sich diesen Herrn nicht ein zweites Mal aufdrängen zu lassen. (Bravo.) Aus Dankbarkeit hat man ihm das Mandat angeboten, das Volk hat zu zeigen, daß es nicht derselben Meinung ist. Die deutsch-reisinnige Partei, die sich vor der Abstimmung im Reichstage damit brüstete, daß die ganze Fraction wie ein Mann gegen die Vorlage stimmen werde, hat ein trauriges Bild von ihrer Standhaftigkeit gegeben. Der Ruck nach links, welchen ein Theil derselben gethan haben soll, die Volkspartei, bedeutet nichts als leere Phrase, denn beim Zusammentritt des neuen Reichstages wird man ja noch mehr erleben. Sie ist aber nur eine Interessenpartei der bürgerlichen, capitalistischen Gesellschaft. Ernst ist es ihr niemals um das Wohl des armen Volkes gewesen. Ihre Haltung im Wahlkampf bei Aufstellung der Candidaten ist eine sehr lässliche. Kurzum, alle bürgerlichen Parteien sind im Princip mit dem Militarismus einverstanden, und insofern scheiden sie sich auch von der Socialdemokratie, ihr gegenüber sind und bleiben sie eine einzige reactionäre Masse. Von dem Bauernfang, welcher mit allen Kräften getrieben wird, lasse man sich nicht beirren. Das Jahr 1887 sei die Warnung für das Volk. Mit Bezug auf die fortwährenden Rüstungen führt Redner aus, daß es so nicht weiter gehen kann. Der Friede, den wir jetzt haben, ist ein künstlicher, durch das Volk theuer erkaufter. Aber wer will denn auch den Krieg? Die Nationen sind sämmtlich geschwächt, das eigentliche Volk denkt am wenigsten daran. (Bravo!) Wir verlangen deshalb Abrüstung und dauernden Frieden, die Einführung des Militärsystems. Denn spricht nicht der Krieg aller Cultur Hohn, dieses Menschenmorden in einem christlichen Staate? Die meisten aller Kriege hat die jeweilig herrschende Klasse in ihren Interessen geführt, die große Masse ist immer wirtschaftlich und moralisch durch sie heruntergekommen. Zeige die Wählerchaft darum am 15. Juni, daß das Volkes Wille das oberste Gesetz ist, daher nicht gewillt ist, sich ihre heiligsten, höchsten politischen Rechte verkümmern oder gar nehmen zu lassen. Nicht für einen Herrn vom Centrum, vom Bauernbunde oder vom Freisinn geben sie am Wahltag ihre Stimme. Sie alle haben kein Verständnis für die Leiden des Volkes. Nur für einen wahrhaften Vertreter ihrer Interessen, einen Socialdemokraten, den Former Oscar Schütz, treten sie an der Wahlurne mit allen Kräften ein dann ist der Sieg unser. Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine mehr als einstündigen, fesselnden Ausführungen. In der Discussion sprachen einige Genossen im Sinne des Referenten. Von einer Seite wurden besonders der Graf Limburg-Sturum, Quene und der Bauernbund beleuchtet. Vor zwei Jahren, als der Kornzoll erniedrigt werden sollte, hat der erstere Herr sich gegen die Erniedrigung ausgesprochen und Herr Huene, Bischof von tausenden Morgen Acker, hat die Regierung zu dem Vorgehen in der Militärvorlage erst ermuthigt. — Darauf gelangte nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heute, den 6. Juni, im Locale des Herrn Guismann tagende Wählerversammlung des Wahlkreises Breslau (Landkreis) Neumarkt giebt ihrer Entrüstung Ausdruck, daß das schlesische Centrum es gewagt, den bisherigen Reichstagsabgeordneten Mittergutsbesther und Major a. D. Freiherrn v. Huene in demselben Wahlkreise aufzustellen und

dieser die Wahl angenommen hat, ein Mann, der trotz seines gegebenen Versprechens, für die Interessen der armen Bevölkerung einzutreten, es über sich gebracht habe, die deutsche Regierung zu einer ungeheuren Mehrbelastung des deutschen Volkes geradezu zu ermuntern, welches Vorgehen als ein Verrath an seinen Mandatgebern charakterisirt werden könne, sei durchaus nicht mehr geeignet, den Wahlkreis Breslau (Landkreis) Neumarkt im Reichstage weiter zu vertreten und beschließt deshalb mit allen Mitteln gegen diese Candidatur zu agitiren. Als den wahren Volksvertreter betrachtet die Versammlung den Candidaten der Socialdemokratie, Former Oscar Schütz, und findet sie sich verpflichtet, Mann für Mann für denselben einzutreten.“

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten, in dem er an die Wähler die Aufforderung richtete, ganz energisch in die Agitation einzutreten, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Socialdemokratie die Versammlung. — ch.

Bauarbeiter-Versammlung. Am Sonntag, den 4. Juni, fand im Saale der „Concordia“ eine gut besuchte Versammlung aller im Bauhandwerk beschäftigten Personen statt, in welcher Herr Bergmann über „die neue Bauordnung in Breslau“ referierte. Redner schilderte die Mängel derselben; so enthalte § 8 eine Bestimmung, die von den Arbeitern nicht freudig begrüßt werden könne. Nach diesem Paragraphen müsse jeder Bau, nachdem er unter Dach gebracht, 6 Wochen austrocknen. Die Arbeiter werden dadurch sehr geschädigt. Nachdem der Referent noch die anderen Paragraphen einer Kritik unterzogen, schließt er seinen Vortrag mit dem Wunsche, daß die Discussion eine rege sein möchte. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Discussion sprachen sich alle Redner bis auf einen, im Sinne des Vortragenden aus. Darauf wurden folgende Resolutionen angenommen:

1. „Die heut in der „Concordia“ tagende, von 600 Personen besuchte Versammlung von Bauhandwerkern erkennt wohl die ästhetischen unanständigen Vorzüge der neuen Bauordnung an, verurtheilt aber die Bestimmung des § 8 derselben, wonach nicht früher als 6 Wochen nach Vollendung des Rohbaues gepußt werden darf, ohne Rücksicht auf die Jahreszeit, auf Schärfe und erstucht das hiesige königliche Polizei-Präsidium, im Hochsommer nach einer Woche den inneren Ausbau zu gestatten, da der Gesundheitszustand der Bevölkerung darunter keinen Nachtheil leiden würde, aber der wirtschaftliche Ruin der Bauarbeiter eintrete, und dadurch die Steuerkraft der Bürger geschwächt würde.“
2. „Die heutige, den 4. Juni in der „Concordia“ tagende öffentliche Versammlung der Bauhandwerker Breslau's ersucht das hiesige Polizei-Präsidium, die neue Bauordnung dahin zu ergänzen, daß vom 15. October bis 15. April der innere Ausbau im Interesse der Arbeiter bei verlasteten Fenstern zu gestatten ist, und wünscht, das Bureau mit Vorlegung dieser Resolution an zuständiger Stelle zu beauftragen.“

Unter Berücksichtigung erwähnt der Vorsitzende die Anwesenden, am 15. Juni alle Mann ihre Pflicht und Schuldigkeit zu thun, denn dieser Tag wäre gerade der Tag, wo die Arbeiter beweisen sollen, daß das heutige Wirtschaftssystem gestürzt werden soll, und da muß ein Jeder im Osten seine Stimme dem Genossen Franz Tuzauer und im Westen dem Genossen Dr. Bruno Schoenlant geben. (Allgemeiner Beifall.) Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Socialdemokratie.

Gerichtliches.

Leipzig, 7. Juni. Der Hochverrathsproceß gegen sieben Anarchisten begann heute früh 9 Uhr vor dem vereinigten II. und III. Strafsenate des Reichsgerichts unter dem Vorsitze des Herrn Senatspräsidenten von Wolff. Gleich nach dem Aufrufe der Angeklagten und Zeugen resp. Sachverständigen beschloß der Gerichtshof in Folge des Antrages des Herrn Ober-Procurators Tessenlof wegen zu befürchtender Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung die Öffentlichkeit während der ganzen Dauer des Proceßes (etwa 3—4 Tage), auszuschließen. Wie wir erfahren, handelt es sich ebenso wie im letzten Hochverrathsproceß gegen Höfer, Camin und Genossen (Juli 1892) um Verbreitung anarchistischer Druckschriften, insbesondere der „Autonomie“. Geladen sind 17 Zeugen, sowie ein Schriftenvergleichler und ein Uebersetzer als Sachverständige. In der heutigen Sitzung wurden die Angeklagten, sowie sechs Zeugen vernommen.

Leipzig, 6. Juni. Reichsgericht. — Was ist ein selbstständiger Meister? Der Tischlermeister Julius Lenz zu Breslau ist vom dortigen Landgerichte am 27. März wegen Betruges zu 1 Jahre Gefängnis verurtheilt worden. Er ist seit neun Jahren verheiratet, und seine Ehefrau hat ihm eine vollständige Tischlerei-Einrichtung mit in die Ehe gebracht; das Geschäft wurde auch auf ihren Namen eingetragen und von ihr versteuert, es ging aber nicht besonders gut, und schon 1891 konnte Frau Lenz ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Trotzdem machte der Ehemann bedeutende Holz-Einkäufe und stellte sich dabei den Verkäufern stets als selbstständiger Tischlermeister vor. In einem Falle kaufte er für 1700 Mark, zahlte 1000 Mark an und gab für den Rest ein Accept. Klage und Pfändung in Bezug hierauf blieben erfolglos. Weiter kommen Einkäufe für 400 Mk., 273 und 80 Mk. in Frage, für welche er Accepte gab. Lenz wurde mehrfach vergeblich ausgepfändet, wogegen die gegen seine Frau gerichtete Pfändung nicht ausgeführt werden konnte, weil dieselbe nicht als Schuldnere in Frage kam. Sie hat übrigens 1892 das gesammte Inventar sowie ihre Wirtschaft verpfändet. In dem Auftritte des Ehemannes bei den Holzkäufen erklärte das Landgericht die Kriterien des Betruges. Auf die Revision des Lenz hob indessen heute der IV. Strafsenat des Reichsgerichts das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zu Brigg zurück. In den Gründen hieß es: Als einzige

Thatsache, die der Angeklagte bei den Einkäufen ange-geben, ist festgestellt, daß er sich als selbstständiger Tischlermeister gerirt hat. Das ist aber eine wahre Thatsache, und sie wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß er mit dem Handwerkszunge arbeitete, welches seiner Frau gehörte; alles übrige läuft auf Verschweigen seiner Vermögenslosigkeit hinaus. Hierin liegt aber keine Unterdrückung wahrer Thatsachen, denn Niemand ist verpflichtet, ohne Befragung seine Vermögensverhältnisse zu offenbaren. Es fehlt auch in dem Urtheile eine Feststellung, wonach die betreffenden Forderungen an den Angeklagten schon damals werthlos waren, als sie entstanden.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 7. Juni.
Heiraths-Ankündigungen. I. Friseur Albert Naupria, kath., Siebenbürgenerstraße 19, und Henriette Neuschrank, ev., Schwertstraße 24. — Arbeiter Salomon Ehrenhaus, jüd., Weißberggasse 20, und Bertha Tänzer, ev., daselbst. — Bäckermeister Karl Korfame, kath., Lohestr. 4, und Maria Geiber, Lohestr. 4, Altwaier. — Bierkassier Ernst Seifert, ev., Breitstraße 29, und Anna Jbsch, kath., daselbst. — Städtischer Lehrer Richard Hinterschlag, ev., Nachodstraße 6, und Helene Wende, ev., Friedrich-Wilhelmstraße 40e. — III. Schlosser Karl Zeipel, kath., Michaelisstraße 4, und Martha Geilich, ev., Weinstraße 12. — Sattler Anton Neumann, kath., Schieferwerderstraße 45, und Anna Haupt, kath., daselbst. — Schuhmacher Richard Nibel, ev., Kupferkniebstraße 15, und Bertha Ulbrich, ev., Hirschstraße 48. — Dehllatent Max Wittmann, ref., Glogau, und Emilie Tugner, ev., Rosenstraße 10a.

Eheschließungen. I. Buchhalter Alfred Steinmetz, kath., mit Bertha Widemann, ev., hier. — Haushälter Augustin Seidel, kath., mit Martha Minapost, ev., hier. — Vorsteher Jacob Klamm, ev., mit Anna Hanke, ev., hier. — III. Kai. Provinzial-Steuer-Secretär Karl Woli, kath., mit Marie Berger, kath., hier. — Arbeiter Carl Weidlich, kath., mit Pauline Koch, kath., hier.
Geburten. I. Kohlenhändler Wilhelm Reicher, ev., I. — Schloffer Carl Menzel, ev., S. — Lohnfuhrmann Julius Feige, kath., I. — Schneidermeister Bernhard Mannheimer, jüd., I. — Hausdiener Franz Hanisch, kath., S. — Maurer Robert Heinrich, ev., I. — II. Postunterbeamter Paul Förster, kath., S. — Wermeister Paul Halpaus, kath., S. — Feinseer Ernst Viers, ev., S. — Buchhalter Paul Bodsch, ev., I. — Steinmetz August John, kath., I. — Locomotivführer Hermann Fabian, ev., I. — Schneider Reinhold Kalbisch, ev., S. — Haushälter Josef Dostke, kath., I. — Vorsteher Gustav Nerlich, ev., I. — Ladierer Carl Hain, ev., S. — Zeichner Josef Wastik, kath., S. — III. Brenner August Zwid, ev., I. — Tischler Carl Berger, kath., S. — Arbeiter Hermann Friemel, ev., I. — Telegraphen-Assistent Richard Grellich, ev., S. — Bierverleger Carl Fischer, ev., I. — Maurer Josef Kaufmann kath., S. — Taubstummen-Lehrer Emil Ulbrich, kath., I.

Todesfälle. I. Brauer Ferdinand Kother, 33 J. — Handschuhfabrikant Frau Louise Wöhlarth, geb. Partich, 25 J. — Lucie, I. des Kaufmanns Cyprian Wegner, 10 M. — Josef, S. des Hausmachers Josef Jöbler, 3 J. — Arbeiterwitwe Elisabeth Sprotte, geb. Nowak, 46 J. — Arbeiter Franz Kolbe, 28 J. — Kreisfahndungsinspecteur a. D. Otto Schröter, 53 J. — Tischlerfrau Hedwig Hanke, geb. Erner, 26 J. — Nagelschmied Friedrich Barsdorf, 68 J. — Feig, S. des Haushälters Hermann Weigt, 8 M. — Näherin Marie Ackermann, 25 J. — Curt, S. des Schmieds Julius John, 9 J. — Arbeiter Albert Nader, 42 J. — Arbeiterfrau Ernestine Scheer, geb. Hanfler, 44 J. — Hülfsschreiberwitwe Emma Hoffmann, geb. Lofa, 51 J. — Arbeiter Paul Bogt, 32 J. — Paula, I. des Schuhmachers Richard Haertel, 1 J. — Rüstschneidernitwe Ernestine Stillmann, geb. Krich, 76 J. — Hans, S. des Cigarrenmachers Adolf Wraniche, 7 J. — Paul, S. des verst. Eisenbrechers Hugo Kupner, 9 M. — Haushälterin Anna Hübner, geb. Stange, 40 J. — Meta, I. des Schuhmachers Carl Fröhlich, 6 M. — Schneiderin Elisabeth Wlfig, 20 J. — Gärtner Gottfried Dymke, aus Rottusch, Kr. Kosten, 67 J. — Zimmermann Heinrich Wlchmann, 39 J. — Adolf, S. des verstorbenen Schuhmachers Robert Bauß, 4 Mon.

Breslau, 7. Juni. (Amtlicher Producten-Börse-Bericht). Roggen (per 1000 Kilogramm) per Juni 140.00 G., Juni-Juli 140.00 G., September-October 150.00 B. — Hafer (per 1000 Kilogramm) per Juni 156.00 G. — Kübbel (per 100 Kilogramm) — gelüftet — Str., loco in Qualitäten a 5000 Kilogramm — per Juni 50.00 B., per September-October 51.00 B. — Spiritus per 100 Btr. (a 100 Pst.) ohne Faß: excl. 50 und 70 Mk Verbrauchsabgabe, gef. — Str., abgeliefene Ründigungscheine — per Juni 50er 56.40 G. 70er 56.40 G.

Breslau, 7. Juni. Breslauer Mehlmarkt. Weizen-Ausgangsmehl per Brutto 100 kg incl. Sac 23 50 bis 24,00 M. — Weizen-Sammelmehl per Brutto 100 kg incl. Sac 21,50 — 22,00 M. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8,40—8,80 M., b) ausländisches Fabrikat 8,00—8,40 M. — Roggenmehl fein, per Brutto 100 kg incl. Sac 20,25—20,75 M. — Futtermehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 9,20—9,60 M., b) ausländisches Fabrikat 8,80—9,20 M.

Briefkasten.

X-Referent. Diese von Ihnen beigelegte Notiz habe ich nicht gefunden. Ihre Berichte werden Sie in dieser Nummer lesen. Was die Angelegenheit mit der Veröffentlichung der Candidaten in der von Ihnen gewünschten Form anbelangt, so ist das ein Ding der Unmöglichkeit. — Auch die Aufnahme der Berichte richtet sich ganz nach dem Raume, der uns zur Verfügung steht. Wenn wir den localen Theil nach Ihrem Sinne ändern würden, so dürften die Breslauer Genossen nicht zufrieden sein. — Allen recht machen, ist eine Kunst, die Niemand kann! — Gräß.
H. Sch., Göritz. Würden uns zu Dank verpflichten, diese Mittheilungen noch einmal zugehen zu lassen, da durch ein Versehen die ersten vernichtet wurden. — Gräß.

Donnerstag, den 8. Juni, Abends 8 Uhr:

Wähler-Versammlung

im grossen Saal der Breslauer Actien-Bierbrauerei, Nicolaistrasse 27.

Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Genosse F. Singer, Berlin.
2. Discussion.

Entree 10 Pfg.

Frauen, sowie Mitglieder sämtlicher politischer Parteien sind eingeladen.

Der Einberufer.

Theater-Nachrichten.

Lobe-Theater.

Donnerstag: Sechstes Gastspiel
Josef Josef bi
Zum letzten Male:
„Die Jungfrau von Belleville.“
Gedibert: J. Josephi a. G.
Freitag: Erstes Wiederauftreten
Hermann Böttchers:
„Das Sonntagstiad.“

Residenz-Sommer-Theater.

Gegen jede Bitterung geschützt.
Dons gültig. 1009
Freitag:

Docaccio od. Abenteuer i. Florenz.

Sonnabend: Operetten-Novität.
Zum 1. Male:
Die drei Wahrzeichen oder
„Das Tourner zu Kronstein.“
Vorverkauf 1. Parquet 75 Pfg. u.
Dons gültig.

M. Aschkowitz

Breslau.

Große Scheitnigerstraße 15.
Empfehle mein großes Lager
schöner, halbrechter Hamburger u.
Schiffertuch-Hosen,
auf Wunsch nach Maß sofort gemacht.
Herren-Stoff-Anzüge
werden in sauberster Ausführung
schnell anaefertigt.
Knaben-Anzüge stets vorrätzig.
Sammet-Hosen und Westen,
Maaner-Jackets und Drillh-
blausen.
Herren-, Damen- und Kinder-
Wäsche.
Großes Lager in Schnittwaaren u.
Kinderkleidern. 983

Hutfabrik

L. Rosenbaum

Schmiedebrücke 14.

Filiale:

Friedrich Wilhelm - Strasse,
Ecke Königsplatz.



Hüte für Herren, steif v. 1.50 M. an.
Hüte für Herren, weich, von 1.50 M.
an. 844
Hüte Calabreser von 2.50 M an.
Hüte Cylinderhüte von 3 M an.
Hüte Chapeaux clagues von 8 M. an
Hüte von Lodenstoff von 1 M. an.
Hüte für Knaben von 1 M. an.

Hutfabrik

L. Rosenbaum

Schmiedebrücke 14.

Filiale:

Friedrich Wilhelm - Strasse,
Ecke Königsplatz.

Den **Schanscher** Genossen diene zur Nachricht, daß die Ab-
fahrt nach **Schmarzsch** bestimmt um 1 1/2 Uhr stattfindet.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Bunzlau.

Alle Genossen werden ersucht sich nächsten Sonntag, den 11. Juni, an der
Verbreitung von Flugblättern u. Stimmzetteln auf dem Lande
zu beteiligen. — Meldungen nimmt Genosse **G. Starke**, Jollstraße 20, ent-
gegen. — Die Flugblätter werden Sonnabend Abends, von 7 Uhr an, im
Goldenen Stern ausgegeben.
Der Vorstand des Wahlvereins.

Rohtabake!

Sumatra, gute Decken, a Pfd. Mk. 1,50, 1,70, 2,00, 2,40, 3,00, 3,60.
Carmen la la Umblatt u. Pfd. Mk. 1,15.
Fels-Eislage und Umblatt von 1,15 bis 1,40 Mk.
Pfälzer Einlage und Umblatt von 0,65 bis 0,80 Mk. 1015
Gras, staubfrei von Mk. 0,25 bis 0,80.
Ferner: Java-Umblatt, Havanna, Cuba empfiehlt billigt

Johannes Kubis, Gneisenauplatz 1.

1000 Paar Stiefel und Samaschen von 6 Mark an.
A. Hanisch, Neumarkt Nr. 3.

Empfehle mein großes Lager von nur **Prima emaillierten** Blech-
und gußeisernen Kochgeschirren, glühendes bestes Fabrikat; Solinger
Stahlwaaren, Eisschränke, Gewürz-Stagegen u. Schränke, sowie
sämmtl. Küchen-Altensilien. Ferner empfehle ich gleichzeitig alle
Sorten deutsche u. engl. Werkzeuge f. Handwerker z. b. bill. Preisen.
Georg Krause Nachfgr., Breslau,
Scheitnigerstraße 9, Ecke Adalbertstraße. 1019

Rum-, Spirit- und Liqueur-Fabrik.

Edwin Delahon,

Fabrik: Neumarkt 6. Filiale: Friedrich-Wilhelmstraße 40b.
Telephon Nr. 807. 531

6. Auflage.	6. Auflage.
<p>Im Verlage der Buchdruckerei „Gutenberg“, Strig, Buchhandlung des „Volkswachts“, erschien soeben:</p> <h2>Die zehn Gebote</h2> <p>und die besitzende Klasse.</p> <p>Nach einem gleichnamigen Vortrage von Adolf Hoffmann. Zu bez. durch die Expedition d. Bl.</p>	
6. Auflage.	6. Auflage.

Ein j. Mädchen b. 14 bis 15 Jahren
zu i. häusl. Arbeit
1018
Al. Holzstraße 19, im Geschäft.

Bisiten-Karten 75 Pf.,

00 Briefbogen u. 100 Couverts 50 Pf.
10 Pf.-Schreibhefte, Duzend 75 Pf.
familien-Anzeigen u. sämtliche
Drucksachen schnell, sauber u. **billig.**
Papier-Handlung und Druckerei
1016 **Hugo Kretschmer,**
Schmiedebrücke 67, bichtam Ring
Empfehle meine selbstgefertigten

Achtung!

Empfehle den Arbeitern der Scheitn.
Vorstadt mein reichhaltiges Lager selbst-
gefertigtes

Herren-,

Damen- und Kinderschuhwerk
zu soliden Preisen.

E. Gräbsch

Große Scheitnigerstr. Nr. 11 und
Girschstraße Nr. 9.

Cigarren

in vorzüglicher Qualität empfiehlt
Georg Monski,
Klosterstraße 28. 867

Cigarren

in nur guten Qualitäten und
jeder Preislage empfiehlt 760

C. Koppatz,

Kurze Gasse 76.

Für Contor!

empfehle meine große Auswahl in
sämmlichen
Contor- und Schreibatensilien,
Federhalter, Federn,
Tinte, Farben zc. zu billigsten Preisen.
Annahme von

jämmlichen Drucksachen
wie Bisitenkarten zc. 937
Max Wunderlich
Albäckerstr. 57, nahe Albrechtsstr.

Gelesene Nummern

des „Wahren Jakob“, des
„Pohillon“ zc. zur Agitation
nimmt entgegen die Exped.
der „Volkswacht“.

Der Kuhhandel.

Zur Reichstagswahl 1893.

Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch die Colporteurs und
die Expedition der Volkswacht.